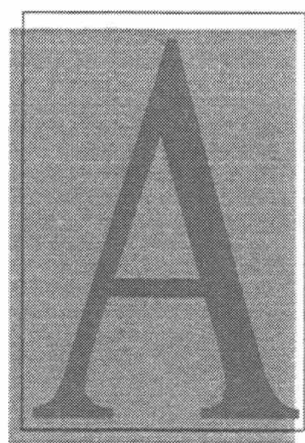
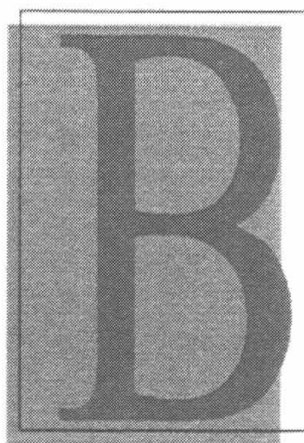




NCE



ulletin

No° 97-98



La délinquance juvénile en Europe 1

EDITEUR: ASSOCIATION NATIONALE DES COMMUNAUTÉS EDUCATIVES (A.N.C.E.)

SECTION LUXEMBOURGEOISE DE LA F.I.C.E.

BOÎTE POSTALE 255; L - 4003 ESCH-SUR-ALZETTE - FAX: 57 33 70

PARAÎT 4 FOIS PAR AN - TIRAGE 400 - IMPRIMÉ SUR DU PAPIER RECYCLÉ

BULLETIN DE L'ANCE

Editeur: Association Nationale des Communautés Educatives (A.N.C.E.)
Boîte postale 255, L - 4003 ESCH-SUR-ALZETTE, Fax 57 33 70

Parution: Au moins 4 x par année

Abonnement: Veuillez verser la somme de 500 francs à un des comptes suivants:
CCP: 2977-67; BIL: 7-150/1515;
avec la mention: Abonnement bulletin ANCE
Pour tout renseignement complémentaire, veuillez vous adresser à:

Robert SOISSON, président
17, rue Mathias KOENER
L - 4174 ESCH-SUR-ALZETTE
Tél.: 57 03 68 (privé), 54 73 83 - 294/295 (bureau)
Fax.: 57 33 70 (privé)
e-mail: soisson.rob@vo.lu

Fernand LIEGEOIS, trésorier
91, rue Principale
L - 3770 TETANGE
Tél. et Fax: 56 57 36 (privé)
e-mail :fern.liegeois@happynet.lu

Paul DEMARET, secrétaire
70, Val des Aulnes
L - 3811 SCHIFFLANGE
Tél: 55 27 28 27 (Foyer Ste Elisabeth)
Privé: 54 15 54
e-mail: paul.demaret@neacom.lu

- L'ANCE a été constituée le 9 juin 1978. Elle est la section luxembourgeoise de la Fédération Internationale des Communautés Educatives (FICE) qui a été créée en 1948 sous les auspices de l'UNESCO. La FICE est la seule organisation internationale qui s'occupe des questions de l'éducation en dehors du milieu familial. Comme organisation non-gouvernementale, elle est représentée auprès de l'UNESCO, de l'UNICEF, de l'ECOSOC et du Conseil de l'EUROPE.
- L'ANCE regroupe une cinquantaine de membres actifs (Centres d'accueil, centres d'éducation différenciée, institutions spécialisées, associations de parents et de professionnels du secteur médico-psycho-pédagogique et social ainsi que 150 membres individuels. Les principaux objectifs de l'ANCE sont les suivants:
 1. Défendre les droits des enfants, surtout des enfants les plus démunis
 2. promouvoir la coopération et le dialogue entre les différentes professions du secteur médico-psycho-pédagogique et social
 3. soutenir les communautés éducatives dans les actions et projets visant une amélioration des conditions de vie des enfants
 4. promouvoir la formation continue des professionnels du secteur
 5. mettre en œuvre des programmes de loisirs et de vacances destinés aux enfants des communautés éducatives
 6. collaborer aux efforts d'intégration scolaire, professionnelle et sociale des enfants défavorisés
 7. publier régulièrement un bulletin
 8. collaborer activement aux travaux de la FICE
 9. favoriser les échanges internationaux à tous les niveaux de l'action éducative

Éditorial

Zunächst einmal möchte ich mich dafür entschuldigen, dass seit Januar kein Bulletin mehr herausgekommen ist. Schuld daran ist der übliche Streß im Beruf und in meinen nebenberuflichen Aktivitäten sowie eine hartnäckige Krankheit, die mich zwingt, mehr Rücksicht auf meine Gesundheit zu nehmen. Trotzdem will ich versuchen, unser „Pensum“ einzuhalten und noch vor Jahresende zwei weitere Bulletins oder eine Doppelnummer wie diese herauszugeben.

Nachdem die ANCE im Jahre 1998 vier größere Veranstaltungen organisierte (siehe Editorial vom vorigen Bulletin) verlief das Jahr 1999 eher beschaulich. Der einzige Höhepunkt war das **Rundtischgespräch über die schulische Integration von behinderten Kindern** mit Vertretern der politischen Parteien am 11. Mai in Walferdange. Die Veranstaltung war gut besucht und ihr Hauptziel, die vollständige Wiedereingliederung der „*Education Différenciée*“ ins Unterrichtsministerium wurde erreicht. Zumindest steht dieser Punkt im Koalitionsabkommen zwischen CSV und DP. Aufgerufen zu dieser *Table Ronde* hatte das Aktionsbündnis von 14 Organisationen aus dem Bereich der Erziehungshilfen und Sonderpädagogik, welches zur Zeit der Regierungsumbildung nach Premierminister SanTERS Wechsel nach Brüssel eben wegen diesem Problem gebildet wurde. Verstärkt wurde das Bündnis durch die Elternvereinigung *Confapel*, die übrigens zusammen mit der *Aktioun Human Schoul* interessante Vorschläge zur Reform unseres Bildungswesens entwickelt hat.

Das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist jedoch noch nicht gesprochen. Am 3. Dezember findet die

„**Journée Nationale d'Information**“ in den alten Ausstellungshallen auf Limpertsberg statt, organisiert von **Info-Handicap** zusammen mit über 40 Organisationen aus dem Behindertenbereich. Wir werden diese Gelegenheit benützen, um zusammen mit dem Aktionsbündnis **nochmals ein Rundtischgespräch** mit Vertretern der politischen Parteien zu demselben Thema zu organisieren. Damit soll die Angelegenheit nicht in Vergessenheit geraten und es soll auch versucht werden, Konsequenzen aus dem „Rapport Chapelier“ zu ziehen, der dem Unterrichtsministerium ja bekanntlich eine kräftige „Datz“ ausgestellt hat. Ich werde im nächsten Bulletin ausführlich auf diesen Bericht zurückkommen.

Wie andere Organisationen möchten wir ziemlich schnell ins Gespräch mit der **neuen Regierung** kommen um unsere Positionen in verschiedenen Fragen zu klären. Dazu gehören, wie bereits im letzten Bulletin erwähnt die Neufassung des Jugendschutzgesetzes, der Ausbau (wenn man überhaupt von Ausbau reden kann) von familienunterstützenden Maßnahmen und Dienstleistungen, der Schutz der Kinderrechte in Heimen und Schulen, die Diskussion um die Qualität der Arbeit im Bereich der Erziehungshilfen und die Arbeit an einem berufsethischen Kodex für die Erzieher. Was die Kinderrechte anbelangt, verweise ich hier auf eine Stellungnahme der ANCE zum Weltkindertag, die Sie in unserer Presserevue am Ende diese Bulletins finden, und die meines Wissens nach nur im „Journal“ veröffentlicht wurde.

In diesem Zusammenhang stehen auch die **zwei größeren**

Veranstaltungen, die für nächstes Jahr geplant sind:

- Zunächst einmal eine größere Veranstaltung zum Thema **Kinderrechte in den Schulen**. Hier wurden bereits Vorgespräche geführt, denn die Veranstaltung soll gemeinsam mit den Nationalen Kinderrechtskoalitionen von Deutschland, Österreich und der Schweiz organisiert werden. Da ich einige englisch- und französischsprachige Referenten einladen will und daher Simultanübersetzung notwendig ist wendet sich diese anfangs als deutschsprachige Veranstaltung geplante Tagung auch an ein internationales Publikum. Hauptredner wird höchstwahrscheinlich der Schwede Thomas Hammarberg, langjähriger Präsident von „Save the Children International“, Spezialbotschafter für Menschenrechte der Vereinten Nationen in Kambodscha und Autor eines Heftchens von UNICEF zum Thema Kinderrechte in der Schule. Der Kongreß wird wahrscheinlich im April oder im September 1999 stattfinden.
- Eine zweite Tagung wird sicher Anfang Dezember im Jean Monnet Gebäude auf Kirchberg stattfinden, und zwar handelt es sich um eine zweite Konferenz zum Thema **Jugenddelinquenz**. Wir organisieren sie zusammen mit der IgfH (Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen, die deutsche FICE-Sektion) und der Vereinigung deutscher Jugendrichter. Dem Thema Jugenddelinquenz ist auch **dieses Bulletin** gewidmet. Sie finden die Texte von verschiedenen Vorträgen, die auf unserer Dezembertagung gehalten wurden. Nur der Beitrag von Nigel Cantwell entstammt dem „Innocenti Digest“ über Jugenddelinquenz, der im Januar 1998 vom Children's Rights Development Centre der UNICEF in Florenz herausgegeben wurde.

Die FICE hatte dieses Jahr im Mai ihren Conseil Fédéral in Florenz und Montecatini in Italien. Wir konnten uns vor Ort von der guten **Arbeit des neuen Generalsekretariats** in Florenz überzeugen und hatten die Gelegenheit, an einem äußerst interessanten Seminars über die **Auswirkungen der Globalisierung** auf die Lebensbedingungen der Kinder beizuwohnen. In der Mitte dieses Bulletins veröffentlichen wir wieder die letzte Ausgabe der FICE-News, die von den verschiedenen Projekten berichtet, an denen derzeit gearbeitet wird.

Ebenfalls in dieser Ausgabe, hoffentlich erscheint sie noch rechtzeitig, finden Sie eine Einladung zu einer Fachtagung von ADCA und ANAHSASIG zum Thema: „**Le placement – une chance pour l'enfant?!**“ am Mittwoch, den 20. Oktober 1999 im Parc-Hôtel in Dommelgange. Bitte beachten Sie ebenfalls die Hinweise auf Veranstaltungen der Fondation Kannerschlass und das Buch von Gilbert Pregno.

Am Ende dieses Bulletins veröffentlichen wir wie üblich eine kleine Presserevue die u.a. auch eine Stellungnahme der UNICEF zum Weltkindertag enthält.

Robert Soisson

Money makes the world go round !

Auch für die ANCE sind Ihre Beiträge wichtig. Die Mitglieder, die ihren Beitrag für 1999 noch nicht überwiesen haben, sollen dies bitte umgehend tun. Unser Trésorier, Fernand Liégeois, bedankt sich im Voraus.

CCP 2977 - 67

JUVENILE DELINQUENCY

Prevention and the Role of Judicial Authorities in a Local Context

David Chesterton

Youth Court Magistrate and Social Worker

Profile of David Chesterton JP

David is aged 45, he is married and has three children, he lives on the Isle of Dogs, in the heart of London's East End.

He is trained in Law, Social Work, Community & Youth Work and Management

David is a Youth Court Magistrate [Justice of the Peace] he is appointed to the Inner London Youth Courts Panel and sits at the Thames Youth Court in the East End of London.

David is the Director of Focus E15, the 210 unit Stratford Foyer, which serves the East London Boroughs of Newham, Tower Hamlets, Waltham Forest and Hackney.

He began his professional career in East London in 1974 as detached youth worker (Street Worker) and has remained working with young people in London's East End ever since. David is very active in his community, he has been a school governor (Chair) for 16 years, a successful campaigner on many local issues and is a member of the UK Board of the Foyer Federation.

He established one of London's first inner city watersports & outdoor pursuits centres in the London docks in the 1970's and early 1980's. Then he went on to play a central part in the creation of all of the major watersports centres across London Docklands.

Before taking up his post at Focus E15 in 1996 he had been responsible for managing a number of Urban Regeneration initiatives in Newham and prior to this had worked in the private sector for three years in the early 1990's

\$

In April this year I spoke at a Council of Europe conference in St Petersburg on policies for deprived children. I was surprised at the number of participants who approached me afterwards asking that I explain again the Youth Court system in the UK. I guess I had not made it clear enough in my speech, and the way we run things certainly does seem very different to most other countries in Europe. This time I thought I would begin with an introduction to our system and in particular the position of Magistrate.

I am an Inner London Youth Court Magistrate [or Justice of the Peace] and sit at the Thames Youth Court in the London Borough of Tower Hamlets, in East London. This appointment is unpaid and part time. I sit four to five days a month, every other month [about 25 days a year]. I am one of 117 part time Magistrates appointed to the Inner London Youth Courts Panel, of which 49 of us are assigned to the Thames Youth Court. The initial process of appointing a magistrate takes about a year and comprises detailed application, references, visits to courts and an interview. Those that are selected to become magistrates are required to successfully complete a series of training programmes before being allowed to sit in court, and then only in the adult court. After at least a year sitting in the adult court those magistrates that choose to may undertake further training for the youth court and once this has been successfully completed they may begin sitting. We are required to undertake additional training every year thereafter and this is monitored.

Most magistrates that sit in the youth court have considerable experience of working with young people, which is often the

reason they applied to become a youth court magistrate in the first place. For my day job I am Director of a large Foyer project called Focus E15 in the London Borough of Newham, which is also in East London. Focus E15 is a Non Governmental Organisation providing accommodation linked to training for 210 young people aged between 16 and 24 in serious housing need. We also run a Community Radio Project, a Cyber Cafe, a Lifeskills Training Programme and a Youth Information & Advice Centre.

Youth courts in England and Wales are responsible for hearing cases brought against youths of 10 to 17 years of age [once the age of 18 is attained young people move to the adult Magistrates Courts]. Virtually all prosecutions against youths are assigned to the youth court, including allegations relating to serious offences which in the case of an adult would progress to the higher Crown Court. Youth courts have an additional responsibility to look beyond the offending and also consider the longer term development of the individual concerned. A concept often referred to as welfare versus 'just deserts'. This balancing exercise represents one of the foremost challenges for decision-makers in the youth court. 95% of cases are determined in the youth courts, with only the most serious 5% being transferred to the higher Crown Courts. The Thames Youth Court, where I sit, handles 3% of youth court work in England and Wales and in 1997 we heard 2,935 cases involving 1,878 defendants. The number of court cases is currently rising by about 3% annually.

A major research study was prepared for the Home Office [UK Government] in 1995 entitled 'Young People and Crime'. This was a study of self-reported offending among 14 to 25 year olds - and thereby included offences which were not detected as well as those which were. It provides some valuable insights into youth crime in the UK.

- * Over half the males and about one-third of the females admit that they have committed an offence at

some time, but most have committed no more than one or two minor offences.

- * Males are two and a half times more likely than females to have committed an offence in the previous 12 months. The proportion of male to female offenders increases with the seriousness of the offence.
- * About 3% of offenders account for approximately a quarter of all offences.
- * White and Afro-Caribbean young people have similar rates of offending, while Asians have significantly lower rates.
- * The peak age of offending is 21 for males and 16 for females (compared with 18 and 15 respectively for detected offences).
- * Overall the frequency of offending and the seriousness of offending declines with age.
- * Factors associated with an increased likelihood of offending include low parental supervision, a poor relationship with at least one parent, truancy, poor achievement at school, having delinquent friends or family members, the use of drugs and the heavy use of alcohol.

From my own experience there are two points I should like to highlight from this study. For the past fifteen years Tower Hamlets has experienced a rapid rise in the Bangladeshi [Asian] population who now account for 52% of the local school population. It is true that until recently they exhibited lower levels of offending than the white community, but this is no longer the case. They now account for at least half of all the cases appearing before the youth court, in direct proportion to their numbers in the community. The second point is that in the overwhelming number of cases [I should guess as high as 98%] there will exist one or more of the factors associated with an increased likelihood of offending which were identified in the study. Indeed it is hard for me to remember the last time I heard a case where there were not difficulties with relationships at home

and/or problems with schooling. It is perhaps not surprising that it is also my experience that these same factors are found with the overwhelming majority of young people in acute housing need who are referred to the Foyer I run.

The head of the Tower Hamlets Youth Justice Team informed me a while ago that his team was responsible for supervising 37 young people under 16 [of school age] who the youth court had placed on Supervision Orders. Of these only 4 were attending school, the remainder were supposed to attend either special off-site education programmes or receive tuition: none regularly attended and some never attended. From his and my own experience the majority of these youngsters will be street children for an important part of the day (e.g. from 7 a.m. to 7 p.m.).

My experience at our Foyer is that for a majority of our somewhat older client group [average age of 18 to 19], being on the streets for an important part of the day is common. We find that the life experience of many with whom we work is one of constantly moving from one friend's floor to another friend's sofa, getting up in the early afternoon and going to bed in the early hours and as a result unable to access training or employment. Many will have experienced this kind of lifestyle for several months before entering our Foyer.

This summer our new Labour Government passed its Crime and Disorder Act. This new legislation requires the development of strategic frameworks for tackling youth crime at a local level, as well as the introducing of a number of changes to the criminal law and the provision of new orders available to youth courts. Much of the Act is already operational but some of the more innovative aspects will be subject to pilot schemes before being fully implemented. There are a couple of new initiatives that I believe are worth spending a moment looking at.

Local authorities and the police are being made jointly responsible for bringing together a partnership of agencies to formulate and implement a strategy for the

reduction of crime and disorder in their area, and for the establishment of inter-agency Youth Offending Teams. It is my experience that whether people are working in the police service, social services, in education, for health authorities or in the probation service, they are all clear that factors such as low parental supervision, relationship problems with parents, truancy and poor educational achievement play an important part in offending behaviour. I have often felt frustrated to the point of desperation that getting these different agencies to work effectively together is an almost impossible task. I have found it rare to see teachers, social workers and youth workers collaborate in the interests of a young person in difficulties: and yet very often they will all be employed by the same local authority [and in the case of teachers and youth workers, often even working in the same department]. If as a result of this new legislation we finally witness a sense of common purpose emerging among these agencies then we will have achieved a great step forward.

Another initiative worth mentioning is the creation of parenting orders. Youth courts are being given the power to make a parenting order that requires a parent or guardian of a child appearing before the court to attend counselling or guidance sessions. The order may also be applied to parents who have failed to secure their child's regular attendance at school. The relevant condition is that the parenting order would be desirable in the interest of preventing a repetition of the behaviour, or the commissioning of further criminal offences. Where a parent fails to comply they will be liable, on conviction, to a fine.

I am wholeheartedly in favour of schemes that promote good parenting skills. One only has to look at the family histories of many of the young people who appear before the courts to see that all too often problems repeat themselves through successive generations. A vivid example of this phenomenon I witnessed a while ago when sitting with a very experienced and elderly colleague. We had before us a young defendant accompanied by this

father and grandfather - during the course of the past 35 years all three of them have appeared as children before him [the only thing that had changed was the new court building]. At a local primary school where I am a governor, six years ago we introduced a programme called 'parents as educators'. This accredited course involves about 15 parents [mostly mothers]. For one day a week during term-time, they come to school and learn different strategies for engaging with the education of their children. In addition to all the elements you may expect of such a programme it also covers, in depth, strategies for conflict resolution and addressing challenging behaviour. Several of the mums who have completed this course have made a point of saying how important they found this part of the programme and for example where previously they regularly resorted to hitting their children they now rarely do so. Now that this programme is established we find past course participants promoting the course to their friends and neighbours. However a fundamental difference between the parenting programme run in this school and the one introduced by the Government is that one is voluntary while the other follows an order of the court. Personally I have grave doubts about compelling parents to engage in such programmes. Personally I would much rather see the Government put its resources into funding quality voluntary schemes where parents positively seek to participate.

The North East London Probation Service earlier this year published a report commissioned into the links between crime and homelessness, I was a member of the Steering Group that managed this study. The research undertaken, which underpins the work, revealed a cyclical link between committing crime and becoming homeless, and once homeless, committing crime.

Each year the North East London Probation Service expect around 800 16 to 19 year olds to begin sentences in the community. In 1997 approximately 30% were aged 16 to 17, 35% were aged 18

and 35% were aged 19. Less than 10% were female. It is interesting to note that 37% were experiencing a lack of stability with their housing and that for this group 74% were unemployed [10% higher than the average for the client group as a whole].

The results of interviews conducted with young people for this study confirmed how they fell through the network of provision set up to help them, and suggested that what is absent, is an effective framework to co-ordinate and access the services that will both meet their needs and promote desistance from further crime. They were of the view that, at present, help and support too often comes after the 'drama has turned into a crisis', a crisis that leads to entering or progressing through the criminal justice system. This situation was also borne out in a Council of Europe study on street children.

Crime certainly stacks the odds further against young people, who were acutely aware of this. A sense of fatalism was much more apparent among young offenders, who were less clear about their future plans than young people in general. It was striking however that the whole sample group for this study [with and without criminal records] had universally been victims of crime themselves at some time in their life, and usually on a number of occasions.

The young people involved with this study gave us the following messages:

- * leaving home is normal even if prompted by factors they felt were beyond their control, but they lack some practical skills to survive, such as money management and the ability to negotiate with agencies to gain access to the services they feel they need;
- * they recognise the journey is difficult, but they would appreciate much better access to information and speedier decision making by agencies with whom they are involved;

- * they would value support from adults, but acknowledge that their almost universal history of inconsistent and abusive relationships in the past, means that trust is difficult to establish;
- * their friends are a vital source of money, shelter and support in their chaotic lifestyles, but they recognise that they may at times exert a negative influence when trying to escape anti-social behaviour;
- young peoples' thinking is usually structured around a particular locality, and they are reluctant to access services outside the locality.

Above all, young homeless people stressed the need for quality time: to be heard, valued and supported.

The challenge that staff in the North East London Probation Service now face is to balance reactive work [i.e. working almost exclusively with young people already captured by the criminal justice system] with preventative work. They are currently trying to secure funding to run a scheme developed from the findings of this study: to provide a 'safety net', to guide them back into mainstream services.

The Foyer concept came to the UK from France in 1992. Since then 78 Foyers with 4,102 bed spaces have opened in the UK and a number more are currently under construction. At the time of the 1997 UK General Election Tony Blair and Gordon Brown [now UK Prime Minister and Chancellor respectively] visited Foyers and remarked that by the next General Election there should be a Foyer operational or under construction in every town [of more than 40,000 inhabitants].

The Foyer I run opened two years ago and with 210 self-contained flats is the largest Foyer in the UK. It is situated in Newham in East End of London, an area of great poverty and deprivation. The area is ethnically diverse with over 50% of the population from ethnic minorities. There are more than 130 different languages and

dialects spoken in the borough with people from all over the world living together in reasonable harmony. The race dimension in both poverty and homelessness is, however, significant, with research showing that people from ethnic minorities face higher levels of serious multiple deprivation. This is characterised by very low incomes, homelessness or poor housing, high unemployment and poor health. Newham has the highest proportion of children abandoning education at 16 in the country, although it is now officially credited with being the fastest improving education authority in England. In May the government published its 'Index of Deprivation' this ranks deprivation in the 366 authorities in England, Newham is ranked as the second most deprived borough.

At Focus E15 we accept referrals from any agency [statutory or NGO] working with young people aged 16 to 24 in East London. This includes referrals by the local authority of children leaving their care and young offenders referred by the Probation Service.

In order to secure a place on our Foyer programme, all our young applicants will have to demonstrate they are in serious housing need. For many this will mean that they will have been without a fixed address for at least three months and will have spent the night at no fewer than three different locations during this period. This criteria is not our only one: half the flats in the Foyer are for young women, many of whom are escaping physical and/or sexual abuse at home, but where circumstances make it almost impossible for them to leave home for anything more than a few days at a time. One fact also emerges as almost universal among our young tenants: that is that relationships at home will have profoundly broken down. In addition, most will have experienced poor achievement at school.

To secure a place they will also have to formally commit themselves to undertaking basic skills training in literacy and numeracy, vocational training and lifeskills training, their stay in the Foyer is

conditional upon maintaining this commitment.

Successful applicants will be offered one of the 100 furnished one bed, Foyer flats. After about a year in the Foyer, tenants will have completed or be close to completing their various training programmes and will be ready to move to the second stage of our programme. They will be offered one of our 110 unfurnished one bed, Moving-On flats. This move allows us to assist them to secure furniture and, as they move into employment, to manage rent payments from their wages. After about nine months in Moving-On, and providing their rent accounts are balanced, we will then help them move out into their own permanent flats.

I believe the UK Foyer movement offers important opportunities for many young people. It does not meet the needs of all but does offer timely intervention in the lives of many, some of whom would, without it, almost certainly enter a downward spiral to the streets and loss of contact with their home and support services.

The new initiatives that I have spoken about such as Youth Offending Teams, Parenting Orders, Foyers, and there are many more, are important steps in tackling juvenile delinquency in the community. The links between poverty and offending are clear and it is with a sense of great regret and embarrassment that I stand in front of you as a member of the UK judiciary, who, collectively, are responsible for placing very large numbers of young people in custody. It is important I think to set my contribution today in context.

The Home Office Prison statistics for England and Wales for 1997 show that the population of young offenders under sentence [under 21 years of age], which fell by half between 1980 and 1983, rose by nearly 60% in the four years to 1997. Reaching 7,949 in mid 1997.

The total number of young people aged 15 to 17 held in prison is increasing, for boys the figures are 1,275 in 1993, 1,626 in

1995 and 2,408 in 1997 and for girls, 29 in 1993, 49 in 1995 and 71 in 1997.

The average time served by male young offenders is increasing, for those discharged in 1997 the time served was 4.7 months, compared with 4.4 months in 1996.

Personally I think we have made rather a mess of youth justice in recent years in the UK. It takes time to develop and properly establish quality programmes in the community. It takes time to see the results of such investments and it is not necessarily possible to deliver 'results' before the next General Election. It does not help that politicians often seem loath to put in place initiatives that they fear may only give credit to their successors. In addition the problem is exacerbated when a Home Secretary is intent upon proving he is a tough guy, only too happy to demonstrate his toughness by leaving courts with few alternatives to custody.

If properly implemented the initiatives at present underway in the UK will improve the range and quality of community penalties available to youth courts as well as an improvement in the range and quality of support programmes in the community. As a result, over time I expect to see youth crime reduce and in particular I expect to see a progressive reduction in the numbers of young people in our prisons. In general terms the example set by the UK in its approach to youth justice over the past fifteen years is not one I would recommend.

Täter Opfer Ausgleich (TOA) in der Bundesrepublik Deutschland

- Ein Überblick -

Lutz Netzig / Frauke Petzold,

*Projektleiter der WAAGE
Hannover e.V.*

Definition und zentrale Elemente des TOA¹

Was ist TäterOpferAusgleich? Der Begriff meint zweierlei: Konfliktschlichtung und Wiedergutmachung. Täter und Opfer einer Straftat besprechen im Beisein eines unparteiischen Vermittlers die Tat, deren Ursachen und Folgen und handeln eine Wiedergutmachungsleistung aus. Im Idealfall geschieht dies im direkten Dialog, die Auseinandersetzung kann jedoch auch indirekt über Einzelgespräche mit dem Vermittler erfolgen.

Wann ist ein TOA möglich? Geeignet sind Delikte, bei denen eine natürliche Person geschädigt ist² und der Täter diese Schädigung zugibt³. Eine weitere

¹ vgl. u.a. Kawamura / Schreckling (1990); Bundesministerium der Justiz (1991); Netzig / Petzold (1992); einen guten Überblick liefert Lamnek (1997) S.364ff.; eine umfassende Bibliographie zum TOA hat soeben Kerner herausgegeben: vgl. Kerner (1998)

² Sicherlich kann eine Schadenswiedergutmachung durch den Täter auch bei solchen Fällen sinnvoll sein, in denen eine Organisation – beispielsweise eine Kaufhauskette – oder die Allgemeinheit geschädigt wurde. Eine Konfliktschlichtung ist hier allerdings kaum vorstellbar.

³ Bezüglich des Einräumens der Schädigung wurde bewußt auf den juristischen Begriff ‚Geständnis‘ verzichtet. In der Praxis formulieren die Beschuldigten in diesem Zusammenhang meistens ‚Ja-aber-Sätze‘: „Ja, ich habe zugeschlagen, aber wenn der andere

Voraussetzung ist, daß beide Seiten bereit sind, am Versuch einer außergerichtlichen Schlichtung mitzuwirken. Ein TOA kann immer nur Angebot, niemals Auflage sein. Die Palette der prinzipiell für einen TOA geeigneten Fälle ist breit. Eine besondere Relevanz liegt bei Körperverletzungsdelikten. Ein TOA kann jedoch beispielsweise auch bei Bedrohung, Nötigung, Diebstahl oder Sachbeschädigung, Raub oder Wohnungseinbruch sinnvoll sein. Entscheidend für die Eignung eines Falles ist erfahrungsgemäß weniger die Schwere des Deliktes im juristischen Sinne als vielmehr die Bereitschaft und Fähigkeit der betroffenen Opfer und Täter, sich aktiv mit der Tat und ihren Folgen auseinanderzusetzen.

Wie läuft ein TOA ab? Nach der Fallzuweisung durch die Justiz⁴ an das TOA-Projekt erhalten Täter und Opfer einen Brief mit Informationen zu Sinn und Ablauf eines TOA-Versuchs. Falls sie Interesse an einer außergerichtlichen Klärung der Straftat haben, sollen sie sich beim TOA-Projekt melden. Ein Vermittler spricht zunächst getrennt mit beiden Seiten, erläutert ihnen Rahmenbedingungen und Alternativen, fragt sie nach ihrer subjektiven Sichtweise bezüglich der Tat, nach ihren Erwartungen, Forderungen und Ängsten. Sind beide zu einer direkten Konfrontation bereit, kommt es zum Ausgleichsgespräch. Die Betroffenen besprechen im Beisein des Vermittlers den Konflikt und Möglichkeiten einer außergerichtlichen Einigung. Lehnt einer der Beteiligten eine direkte Aussprache ab, erfolgt die Verhandlung durch wechselnde Einzelgespräche mit dem Vermittler. Am Ende des Prozesses steht

nicht dies und jenes getan hätte“. Das Einräumen der Schädigung ist die Grundlage des TOA, das ‚Ja-aber‘ ein Teil der Konfliktklärung.

⁴ In der Regel erfolgt die Fallzuweisung durch die Staatsanwaltschaft im sogenannten Vorverfahren, d.h. vor Erhebung der Anklage. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, daß Richter ein Verfahren aussetzen, um den Versuch einer außergerichtlichen Klärung einzuleiten.

eine schriftliche Vereinbarung. Die Einhaltung dieser Vereinbarung – z.B. die Abwicklung bestimmter Wiedergutmachungsleistungen – wird vom Vermittler kontrolliert. Abschließend benachrichtigt er die Justiz über das Ergebnis.

Was ist der Nutzen eines TOA? Der TOA bietet dem Geschädigten die Chance, schnell und auf unbürokratischem Wege Schadensersatz zu erhalten; dadurch kann ein langwieriger Zivilprozeß vermieden werden. Die persönliche Aussprache mit dem Täter kann dem Opfer die Verarbeitung der Tat erleichtern und die Gefahr von Folgekonflikten reduzieren. Dem Täter werden oft erst durch die direkte Begegnung mit dem Opfer das Unrecht und die Folgen seiner Tat bewußt. Die aktive Wiedergutmachung des angerichteten Schadens eröffnet ihm die Chance, daß sein Verfahren anschließend eingestellt oder mit einer geringeren Strafe abgeschlossen wird. Die Betroffenen erfahren durch einen TOA, daß sie in der Lage sind, durch eigene Bemühungen zu einer befriedigenden Lösung des Konflikts zu gelangen. Durch die Abgabe bestimmter Fälle an außergerichtliche Instanzen wird die Justiz entlastet. Sie kann mehr Zeit für Fälle aufwenden, bei denen ein gerichtliches Verfahren unerläßlich erscheint.

Entwicklung des TOA in Deutschland

Nachdem der TOA Mitte der 80er Jahre in wenigen deutschen Städten eingeführt und erprobt wurde, hat seine kriminalpolitische Bedeutung stetig zugenommen. Mittlerweile ist er sowohl im Jugendgerichtsgesetz (JGG) als auch im Allgemeinen Strafrecht (StGB) verankert und in den meisten Bundesländern nahezu flächendeckend etabliert.⁵

⁵ Was jedoch nicht heißen soll, daß die Anstrengungen zur Implementation des TOA rundum erfolgreich oder gar abgeschlossen sind! Die gesetzliche Verankerung ist als Richtungsweisung des Gesetzgebers zu verstehen. Die tatsächliche quantitative und qualitative Umsetzung des TOA ist größtenteils

Die ersten Modellprojekte

In den Jahren 1985/86 starteten erste Modellversuche zur Praktikabilität des TOA mit jugendlichen Straftätern und ihren Opfern. Ausgehend von Erfahrungen in anderen Ländern, insbesondere den USA, wurden in Braunschweig, Köln, Reutlingen, München und Landshut Projekte gegründet, deren Ziel es war, die Möglichkeiten und Grenzen außergerichtlicher Konfliktschlichtungen im Bereich jugendlicher Kriminalität zu erproben und Erkenntnisse zu gewinnen bezüglich der notwendigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen.⁶ Hinsichtlich der generellen Zielrichtung und Arbeitsweise herrschte unter den Initiatoren und Mitarbeitern weitgehende Übereinstimmung.

Die institutionelle Anbindung sowie die konzeptionelle und organisatorische Ausformung der Projekte wies hingegen gravierende Unterschiede auf.⁷ In Braunschweig wurde der TOA bei der Jugendgerichtshilfe also bei einem schon vorhandenen öffentlichen Träger angesiedelt.⁸ Die Mitarbeiter führten ihn neben ihren anderen Aufgaben durch. Eine Spezialisierung wurde nicht vorgenommen. In Köln wurde für die Etablierung des TOA ein gemeinnütziger Verein ("Die Waage, Köln") gegründet.⁹ In Reutlingen übernahm ein bestehender freier Träger der Jugendhilfe, der Verein "Hilfe zur Selbsthilfe", die Ein- und Durchführung des TOA und gründete hierfür das Projekt "Hand-

noch höchst unbefriedigend und entspricht in keiner Weise dem vorhandenen Relevanzbereich. Vgl. Pfeiffer, C. (1997a)

⁶ vgl. auch Netzig / Petzold (1989) S.185ff.

⁷ Die Anzahl der in dieser Zeit mit dem TOA befaßten Personen war klein und überschaubar. In der Regel kannte man einander persönlich. Dies erlaubte einen direkten Austausch über die Vor- und Nachteile einzelner methodischer und konzeptioneller Aspekte. Der Facettenreichtum der verschiedenen Ansätze war der Entwicklung und Optimierung des TOA in diesen Jahren förderlich.

⁸ vgl. Pfeiffer, C. (1988); Schmitz (1988); Bilsky / Petzold / Netzig (1990)

⁹ vgl. Schreckling (1990)

schlag".¹⁰ In beiden Projekten befaßten sich zwei Angestellte ausschließlich mit der Vermittlung zwischen Tätern und Opfern. In München und Landshut schließlich wurde eine Kombination von freier und öffentlicher Trägerschaft vorgenommen: Der Jugendhilfeverein "Die Brücke, München" erprobte den TOA in enger Kooperation mit der Jugendgerichtshilfe in München und Landshut unter dem Projekttitel "Ausgleich".¹¹ In den beteiligten Trägern waren jeweils zwei Mitarbeiter teilspezialisiert, d.h. mit der Hälfte ihrer Arbeitszeit, für den TOA zuständig.

Weitere Unterschiede zwischen den Modellprojekten bestanden / bestehen hinsichtlich des Zeitpunkts der Fallzuweisung, der Art und Weise der Abwicklung finanzieller Wiedergutmachungsleistungen, der Einbeziehung anderer am Verfahren beteiligter Institutionen und der Würdigung des TOA durch die Justiz:

In Braunschweig werden die Mitarbeiter in der Regel schon im Vorverfahren mit dem Versuch eines TOA beauftragt, in den anderen Projekten erfolgt die Fallzuweisung häufig erst nach Anklageerhebung. Die Projekte in Braunschweig, Reutlingen und München verfügen über einen sogenannten Opferfonds.¹² Aus ihm können mittellosen Tätern zinslose Darlehen zum Zwecke der Wiedergutmachung an die Opfer gewährt werden.¹³ In Braunschweig wurde die Polizei in das TOA-Verfahren mit einbezogen. Ermittlungsbeamte sollten der Staatsanwaltschaft diejenigen Fälle, die ihnen für einen außergerichtlichen Ausgleich geeignet erscheinen, für den TOA empfehlen.¹⁴ Führt in Reutlingen, München und Landshut ein gelungener TOA stets zur Einstellung des betreffenden

Strafverfahrens, so akzeptieren die Projekte in Braunschweig und Köln auch eine Minderung der Strafe als Würdigung des TOA, gehen also über den Bereich der Diversion hinaus¹⁵.

Die Praxis der Modellprojekte erwies sich schon nach kurzer Zeit als erfolgreich: Es zeigte sich, daß sowohl aus der Sicht der Justiz als auch aus der Sicht der betroffenen Opfer und Täter ein Bedarf an außergerichtlichen Ausgleichsmöglichkeiten besteht¹⁶.

Auch die Erfolgsquoten konnten sich sehen lassen: Über 80% der bearbeiteten Fälle wurden in den TOA-Projekten erfolgreich abgeschlossen. Die begleitenden wissenschaftlichen Untersuchungen stützten das positive Bild und bereiteten die Grundlage für die weitere Etablierung des

¹⁵ Gerade dieser Aspekt war in der Fachöffentlichkeit umstritten. Kann sich der TOA nur dann als Alternative zur strafrechtlichen Erledigung etablieren, wenn er völlig außerhalb der traditionellen Prozeduren stattfindet und keinerlei justizielle Sanktionierung nach sich zieht? Mittlerweile hat sich dieser Streit entspannt: Die überwiegende Anzahl der bundesweit erledigten TOA-Fälle führt zu einer Einstellung der betreffenden Strafverfahren. Mitunter kommt es – insbesondere im Erwachsenenbereich – zu zusätzlichen Geldbußen. Fälle, in denen nach einer außergerichtlichen Konfliktschlichtung noch eine Gerichtsverhandlung folgt, sind höchst selten. Vgl. *Hartmann* (1996) S.25ff.

¹⁶ Die Akzeptanz der betroffenen Opfer und Täter liegt im Jugendbereich bei ca. 80%; vgl. u.a. *Hartmann* (1991) und *Hartmann / Stroezel* (1998) S. 175/178– Im Erwachsenenbereich, bei der WAAGE Hannover, liegt die Akzeptanz der Betroffenen bei ca. 50% (vgl. hierzu die Statistik der WAAGE Hannover im Anhang). – Die Akzeptanz der zuständigen Mitarbeiter bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten wuchs jedoch nur langsam. Die Projekte mußten sich das Vertrauen erst erarbeiten. In der Regel wurden ihnen zu Beginn nur von einzelnen Jugendstaatsanwälten und Richtern Fälle zugewiesen. Vgl. u.a. *Schreckling* (1990) S.55/56; *Kuhn* (1989) S.195f. – Zur Akzeptanz der Bevölkerung vgl.: *Pfeiffer, C.* (1994)

¹⁰ vgl. *Kuhn* (1989)

¹¹ vgl. *Hartmann* (1990)

¹² vgl. *Schünemann* (1979); *Viet* (1988); *Viet* (1990); *Lamnek* (1997) S.366

¹³ Auch die WAAGE Hannover verwaltet einen solchen Opferfonds. Die Darlehen werden von den Tätern in Raten an den Fonds zurückgezahlt oder durch die Ableistung gemeinnütziger Arbeit „getilgt“.

¹⁴ vgl. *Heuer* (1990); *Pfeiffer, H.* (1989); *Pfeiffer, H.* (1990)

TOA.¹⁷ Die Forschungsberichte machten deutlich, daß der TOA für ein breites Spektrum an Delikten eine wirkungsvolle Intervention sein kann. Sofern es sich um einen Konflikt zwischen einem individuell geschädigten Opfer und einem diesbezüglich geständigen Täter handelte, erwiesen sich neben Delikten wie Diebstahl, Betrug, Sachbeschädigung und insbesondere Körperverletzung auch Fälle von Handtaschenraub und sexueller Nötigung als geeignet für den Versuch einer außergerichtlichen Erledigung. Ferner bestätigte sich, daß der TOA gerade auch bei Tätern, die zum wiederholten Male auffällig geworden sind, erfolgreich einsetzbar ist.¹⁸

Auf dem im Juni 1989 vom Bundesministerium der Justiz initiierten Symposium zum TOA, auf dem sowohl die Praxiserfahrungen der Modellprojekte als auch die Ergebnisse der Begleitforschung diskutiert wurden, sprachen sich neben den Vertretern des Ministeriums auch die rechtspolitischen Sprecher aller im Bundestag vertretenen Parteien für eine verstärkte Einführung des TOA aus. Mit dem ersten Änderungsgesetz zum JGG vom 19.6.1990 wurde der TOA vom Gesetzgeber ins Jugendstrafverfahren integriert.

Das TOA Servicebüro

Nach der Einfügung ins JGG stand der TOA zumindest bezogen auf den Jugendbereich vor seiner flächendeckenden Implementation. Eine bundesweite Bestandsaufnahme konstatierte im Jahr 1991 einen starken Anstieg der Zahl der in der Strafrechtspflege tätigen sozialen Dienste, die TOA durchführten oder planten.¹⁹ Gleichzeitig wurde deutlich, daß die Etablierung des TOA kein „Selbstläufer“ war, daß viele Einrichtungen mit erheblichen Schwierigkeiten sowohl bei der

Ausgestaltung geeigneter Rahmenbedingungen als auch bei der praktischen Durchführung des TOA zu kämpfen hatten. Vor diesem Hintergrund entschied sich das Bundesministerium der Justiz im Jahr 1992 zur Einrichtung einer überregionalen Beratungsstelle, dem "Servicebüro für TäterOpferAusgleich und Konflikt-schlichtung". Träger der Büros wurde die Deutsche Bewährungshilfe in Bonn. Die Finanzierung wurde auf zunächst vier Jahre beschränkt.²⁰ Ziel des Servicebüros war die Förderung einer bundesweit flächendeckenden und fachgerechten Anwendung des TOA bei allen geeigneten Fällen. Hierzu galt es Fortbildungen anzubieten, Mindeststandards für die Durchführung des TOA zu erarbeiten und die Entwicklung der Ausgleichspraxis zu überprüfen. Die Tätigkeit der beiden Mitarbeiter des Servicebüros konzentrierte sich in der Folge auf vier Arbeitsbereiche:

Zum einen etablierten sie in Zusammenarbeit mit einigen erfahrenen Vermittlern einen einjährigen berufsbegleitenden Lehrgang zur "Grundqualifizierung zum Konfliktberater im Arbeitsfeld TäterOpferAusgleich". In mehreren dreitägigen Workshops erlernen und trainieren die Teilnehmer – in der Regel Sozialarbeiter von gemeinnützigen Vereinen und (Jugend) Gerichtshilfen – grundlegende Kompetenzen und Handlungsorientierungen für die Durchführung des TOA.²¹ In den Jahren 1992/98 haben über 600 Personen diesen Lehrgang absolviert. Mittlerweile gilt er in fast allen Bundesländern als Voraussetzung für die Tätigkeit als Vermittler im TOA. Aufbauend auf diesen Grundkurs bietet das Servicebüro verschiedene Vertiefungsseminare zu speziellen Themen, beispielsweise Zivilrecht oder Viktimologie. Der zweite Arbeitsbereich des Servicebüros umfaßt die Bereitstellung effektiver Informa-

¹⁷ vgl. u.a. Marks / Rössner (1990); Bilsky /Petzold / Netzig (1990), Schreckling (1990) sowie Lamnek (1997) S.401

¹⁸ Bei einschlägig vorbestraften Tätern führt der TOA (zumindest im Erwachsenenbereich) jedoch mitunter nicht zu einem völligen Strafverzicht der Staatsanwaltschaft sondern nur zu einer Strafminderung.

¹⁹ vgl. Schreckling (1991)

²⁰ Zu Beginn des Jahres 1996 konnte die Weiterfinanzierung des Servicebüros erst nach erheblichen Schwierigkeiten gesichert werden. Einige Bundesländer sträubten gegen die Forderung des Bundesjustizministeriums, sich an den Kosten der Beratungsstelle zu beteiligen.

²¹ vgl. Netzig (1993)

tionsdienste. Ein regelmäßig erscheinender Rundbrief (*TOAIntern*) informiert über aktuelle Entwicklungen. Materialienbände liefern Texte und Unterlagen zu TOAbezogenen Fragestellungen und Problemen. Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des TOA sind die vom Servicebüro organisierten Fachtagungen. Sie dienen einerseits der Diskussion und dem Erfahrungsaustausch zwischen Praktikern, Wissenschaftlern und Kriminalpolitikern, die sich mit dem Thema TOA befassen, sie verhalfen dem TOA andererseits besonders in den Anfangsjahren zu gesteigerter Aufmerksamkeit in den Medien und zum nötigen öffentlichen Renommee.

Der dritte Bereich betrifft die Praxisberatung der Einrichtungen und Institutionen, die den TOA bereits durchführen oder zukünftig durchführen wollen. Das Servicebüro berät Projekte sowohl bei der Planung und Konzipierung des TOA als auch bei der Lösung akuter Probleme.

Den vierten Aufgabenbereich schließlich bildet die Praxisforschung. Um die Entwicklung des TOA bundesweit koordinieren und fördern zu können, muß das Servicebüro relevante Daten zusammentragen und veröffentlichen. Hierzu wurde in Zusammenarbeit mit kriminologischen Instituten verschiedener Universitäten ein Statistikprogramm erstellt, daß allen TOA-Projekten sowohl eine Individualauswertung als auch einen Überblick zur Gesamtentwicklung des TOA in Deutschland bietet. Ferner veröffentlicht das Servicebüro ein nach Bundesländern gegliedertes Verzeichnis aller deutscher TOA-Projekte und erleichtert dadurch die Orientierung in der Vielzahl der Anbieter.²²

Das TOAServicebüro war für die Entwicklung und den Erfolg des TOA in den letzten Jahren von immenser Bedeutung. Ohne diesen überregionalen Bezugspunkt

hätte der TOA vermutlich rasch seine Konturen verloren und wäre in ein unüberschaubares Chaos verschiedener Initiativen zerfallen. Gleichwohl konnte das Servicebüro (es ist mittlerweile nach Köln umgezogen) aus Kapazitätsgründen den veränderten Anforderungen nur in eingeschränktem Maße genügen: Die Praxisberatung war infolge der rasanten Ausbreitung des TOA nicht mehr allein von einer Zentralstelle aus zu bewältigen.

In den kommenden Jahren wird das TOAServicebüro seine Ressourcen neben den Schulungsangeboten verstärkt auf die Etablierung von vernetzten Strukturen konzentrieren und Aufgaben an andere Einrichtungen in den verschiedenen Bundesländern abgeben müssen.²³

Die flächendeckende Etablierung

Nach dem Erfolg der Modellversuche und der gesetzlichen Verankerung des TOA im JGG nahm die Zahl der TOA-Projekte sprunghaft zu: Im Jahr 1990 verzeichnete eine bundesweite Erhebung 156 Einrichtungen, die nach eigenen Angaben TOA durchführten, und 68 Einrichtungen, die dies konkret planten.²⁴ Die Mehrzahl der Projekte befaßte sich mit Jugendlichen und Heranwachsenden (N=130), nur ein kleiner Teil bezog auch erwachsene Straftäter in ihre Ausgleichsbemühungen mit ein.

Im Jahr 1992 erklärten bereits 226 Projekte, sie praktizierten TOA.²⁵ In einer erneuten Befragung im Jahr 1996 wuchs die Zahl der

²³ Die WAAGE Hannover berät seit Herbst 1996 im Auftrag des niedersächsischen Justizministeriums Gerichtshelfer, die in ihrem Bezirk TOA durchführen (sollen) und bietet ihnen Supervision an. Diese in Abstimmung mit dem TOA-Servicebüro angebotene Dienstleistung kann als ein Schritt zur Dezentralisierung der TOA-Praxisberatung gewertet werden.

²⁴ vgl. Schreckling (1991) S.11 – Diese Zahlen sind allerdings mit Vorsicht zu „genießen“: Sie beruhen auf einer Rundfrage bei den betreffenden Einrichtungen. Die wachsende Popularität des TOA mag manche Mitarbeiter dazu verleitet haben, ihre Betreuungs- und Beratungstätigkeit nun als TOA zu bezeichnen.

²⁵ vgl. Wandrey (1994) S.10

²² vgl. Wandrey (1994); die aktuelle Adressenliste der deutschen TOA-Projekte kann bestellt werden beim „Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung, Aachener Str. 1064, 50858 Köln)

Einrichtungen, die angaben, daß sie TOA durchführen, auf 368. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber 1992 von 63%.²⁶ Der 'Gründungsboom' hielt an. Die Maßnahme steht von der Angebotsseite her bezogen auf den Jugendbereich vor ihrer flächendeckenden Etablierung. Die tatsächliche Nutzung des TOA läßt jedoch weiterhin zu wünschen übrig: Unter den erwähnten 368 Projekten waren allein 83, die jährlich weniger als 10 TOAFälle bearbeiteten. Nur 25 Projekte wiesen mehr als 100 Fälle in Jahr auf. Dieses Gefälle läßt sich durch die organisatorischen Rahmenbedingungen und die konzeptionelle Einbindung des TOA in die Arbeitsbereiche der betreffenden Träger erklären: Nach wie vor führt(e) ein großer Teil der Projekte den TOA 'integriert', d.h. ohne jegliche Spezialisierung der zuständigen Mitarbeiter, durch. Ein Jugendgerichtshelfer hat also beispielsweise neben seiner Tätigkeit als Vermittler auch Betreuungsweisungen und andere ambulante Maßnahmen durchzuführen. In der Regel verbleiben Einrichtungen mit derartiger Organisationsstruktur auf Dauer bei sehr geringen jährlichen Fallzahlen. Es kommt zu keiner nachhaltigen Implementation des TOA.²⁷ Über 60% der integriert arbeitenden Projekte verzeichnete zwischen 1989 und 1995 einen Rückgang an Fallerledigungen. Spezialisiert und teilspezialisiert arbeitende TOA-Projekte, in denen sich die Mitarbeiter vollständig bzw. schwerpunktmäßig dem TOA widmen konnten, wiesen zu 90% einen Zuwachs der Fallzuweisungen auf.²⁸

²⁶ vgl. Wandrey / Weitekamp (1998) S.74ff.

²⁷ Hierbei spielt mit Sicherheit die Neuheit der Maßnahme eine Rolle. Die Kooperationspartner bei der Justiz müssen erst von der Sinnhaftigkeit und Qualität des TOA überzeugt werden. Insbesondere in der Anfangsphase eines Projektes erfordert die Implementation des TOA von den Vermittlern einen großen Aufwand an Information, Dokumentation und Werbung (vgl. Netzig (1995a)). – Diese Anstrengungen sind von Mitarbeitern, die den TOA quasi 'nebenher' erledigen sollen, im Rahmen ihrer alltäglichen Routinen häufig nicht zu leisten.

²⁸ vgl. Wandrey (1994) S.13; Wandrey / Weitekamp (1998) S.83f.; zur bundesweiten TOA-Statistik vgl. Hartmann / Stroezel (1998)

Nach der weitgehend positiven Entwicklung im Jugendbereich rückte der TOA zu Beginn der 90er Jahre auch bezogen auf das allgemeine Strafrecht in den Blickpunkt des wissenschaftlichen und kriminalpolitischen Interesses. In einem 1992 veröffentlichten "AlternativEntwurf Wiedergutmachung"²⁹ forderten prominente deutsche, österreichische und schweizerische Strafrechtslehrer ein Umdenken der Justiz und eine stärkere Berücksichtigung der Wiedergutmachung im Strafverfahren. Beim 59. Deutschen Juristentag 1992 in Hannover hieß das zentrale Thema der Abteilung Strafrecht "TOA im Erwachsenenbereich". Es galt also zu überprüfen, ob und inwiefern die Maßnahme auch für erwachsene Beschuldigte und ihre Opfer praktikierbar ist (siehe Kapitel 5).

Nach wenigen Jahren erwies sich der TOA auch im Erwachsenenbereich als effektive Alternative zur strafrechtlichen Sanktionspraxis. Es besteht auf Bundes- und Länderebene der politische Wille, die Maßnahme auch im Erwachsenenbereich flächendeckend zu etablieren.³⁰ Der Zuwachs an entsprechenden Projekten bestätigt diesen Trend. Zugleich vermehren sich jedoch die Probleme.

Probleme³¹ und Perspektiven

Insgesamt gesehen ist die Entwicklung des TOA in Deutschland bei allen Anlaufschwierigkeiten und Widerständen³² als erfolgreich zu bezeichnen.³³ Aber kann das fachliche Niveau der Modellprojekte auch bei einer flächendeckenden

²⁹ vgl. Arbeitskreis AE (1992)

³⁰ Auch bei Rechtsanwälten ist die Akzeptanz bezüglich des TOA relativ hoch. Bei einer Befragung aller beim Landgericht Köln zugelassenen Rechtsanwälte zeigte sich eine weitgehend positive Einstellung zum TOA: 81,7% beschrieben Vorteile des TOA für den Beschuldigten, sogar 88,9% Vorteile für das Opfer. Vgl. Walter (1998a) und Walter (1998b)

³¹ vgl. u.a. Lamnek (1997) S.391ff.

³² vgl. Herz (1995)

³³ vgl. u.a. Kerner (1994); Hartmann (1995) S.301f.; Hassemer (1998); Dölling u.a. (1998)

Einführung des TOA unter erhöhtem Kostendruck gehalten werden?³⁴

Das Tempo der Entwicklung des TOA birgt erhebliche Gefahren: Die Konturen verwischen, Mißbrauchs und Aushöhlungstendenzen drohen, Qualitätskriterien stehen in Frage. Staatsanwaltschaften lassen TOA-Projekte 'am ausgestreckten Arm verhungern' und überweisen ihnen keine Fälle. Sogenannte TOA-Projekte vollstrecken simple Wiedergutmachungsaufgaben der Justiz und verkaufen dies als TOA. Sozialarbeiter vermischen parteiliche Betreuungsarbeit und Konfliktschlichtung, Opfer werden zur Straffälligenhilfe mißbraucht. Träger richten trendbewußt TOA-Alibistellen ein, um Fördermittel zu bekommen. Wo unzureichend qualifizierte Mitarbeiter TOA als eine Aufgabe unter vielen durchführen (müssen), droht die Maßnahme zu einer Karikatur zu verkommen, zum Schaden der beteiligten Opfer und Täter.

Die Übertragung der Erfahrungen aus den Modellprojekten auf die höchst unterschiedlichen Arbeitsbedingungen anderer Einrichtungen wirft Probleme auf: Was ist die Mindestausstattung? Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein?

Der Gesetzgeber hat Zeichen gesetzt.³⁵ Die finanziellen Ressourcen sind jedoch allorts knapp. Die Richtlinien der Justizministerien in den verschiedenen Bundesländern weisen gravierende Unterschiede auf. Wie kann die Qualität des TOA in einem wachsenden und weitgehend unüberschaubaren Arbeitsfeld gesichert werden? Es existiert kein Dachverband für den TOA. Das TOA-Servicebüro ist aufgrund seiner finanziellen und personellen Ausstattung nicht in der Lage, alleine die gesamte Entwicklung des TOA in Deutschland zu steuern und allen

problematischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Der Amerikaner *Umbreit* hat nach umfangreichen empirischen Untersuchungen vier Gefahren für den TOA benannt,³⁶ die auch die deutsche Situation zutreffend beschreiben:

1. Verlust der Vision: Unter hohem Kostendruck droht diese relativ junge Reformbewegung innerhalb der Justiz ihre eigentliche Vision, ihren eigentlichen Wert mehr und mehr einzubüßen und zur Routine zu werden. In Deutschland droht diese Gefahr insbesondere dadurch, daß der TOA in zunehmendem Maße Personen übertragen wird, die ihn unspezialisiert und sporadisch neben ihrer sonstigen Tätigkeit durchführen (müssen), beispielsweise Gerichts- und Bewährungshelfer.
2. Verzicht auf Vorgespräche: Unter dem Druck, möglichst effizient zu arbeiten und mehr Fälle bewältigen zu können, gehen manche TOA-Projekte dazu über, auf Vorgespräche im TOA zu verzichten. Dies reduziert möglicherweise das Sicherheitsgefühl und Vertrauen der betroffenen Opfer und Täter.
3. Konzentration auf leichte Fälle: Wenn sich TOA-Projekte auf Dauer darauf einlassen, nur leichte Fälle zu bearbeiten und nicht bereit sind, Risiken einzugehen, wird der TOA im Rahmen der Justiz zu einer marginalen Randerscheinung werden. „In one's eagerness to negotiate new referral arrangements and get enough cases, programs may be too quick to accept 'garbage cases' – those that prosecutor's offices (...) would prefer not being bothered with.“³⁷
4. Ausweitung der sozialen Kontrolle³⁸: Wird der TOA vorrangig bei Bagatelldfällen angewendet, in denen die

³⁴ vgl. *Netzig / Petzold* (1996)

³⁵ Allerdings fehlen noch immer eindeutige Verfahrensnormen, die das 'Auswahlermessen' der Justiz kanalisieren und sicherstellen, daß die Anwendung des TOA nicht nur vom Wohlwollen oder Engagement einzelner Staatsanwälte und Richter abhängt. Vgl. *Hartmann* (1995) S.300

³⁶ vgl. *Umbreit* (1994) S.157ff.

³⁷ *Umbreit* (1994) S.159

³⁸ Zur Diskussion um die Problematik der Ausweitung sozialer Kontrolle vgl. z.B. *Schumann* (1985). Einen Überblick liefert *Lamnek* (1997) S.314ff. und 344ff.

Justiz andernfalls nicht tätig würde, kommt es zu einer Ausweitung der sozialen Kontrolle. Der TOA ist dann nicht mehr die ursprünglich intendierte Alternative zur Justiz, sondern eine zusätzliche Instanz (die auch zusätzliche Kosten erzeugt).

Ein Versuch zur Qualitätssicherung wurde von einer Arbeitsgruppe erfahrener Vermittler mit der Formulierung von TOA Standards gemacht.³⁹ Sie sind ein Vorschlag zur Definition eines gemeinsamen Selbstverständnisses der im Arbeitsfeld tätigen Vermittler. Außenstehenden soll deutlich werden, welche Rahmenbedingungen für die

Durchführung des TOA notwendig sind und wovon die Qualität der Arbeit abhängig ist.⁴⁰

Der TOA steht also am Scheideweg: Nachdem er erfolgreich erprobt worden ist und sich als praktikable Alternative zur gerichtlichen Erledigung zwischenmenschlicher Konflikte erwiesen hat, muß er nun auf breiter Ebene bestehen, aus Kostengründen allerdings häufig unter miserablen Rahmenbedingungen. Die Frage wird sein, ob er unter diesem Druck ein eigenständiges Profil und seine besondere friedensstiftende Qualität bewahren kann.



³⁹ vgl. Kubach / Netzig / Petzold / Schadt / Wandrey (1995); Netzig / Wandrey (1996)

⁴⁰ Mittlerweile haben viele der Arbeitsfeld TOA tätigen Vermittler die sogenannte 'Herbsteiner Erklärung' unterzeichnet und damit bestätigt, daß sie die TOA-Standards als 'Richtschnur' ihrer Praxis anerkennen. Auch in den Justizministerien verschiedener Bundesländer werden diese Standards als Qualitätskriterien akzeptiert. Derzeit wird eine überarbeitete zweite Auflage der TOA-Standards erstellt.

Literatur

Arbeitskreis AE (1992): *Alternativ-Entwurf Wiedergutmachung*. Beck, München.

Bilsky, W. / Petzold, F. / Netzig, L. (1990): Täter-Opfer-Ausgleich in Braunschweig – Bestandsaufnahme und Perspektiven: Eine Delphi-Studie. Hektographierter Bericht des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN). Hannover.

Dölling, D. / Heinz, W. / Kerner, H.-J. / Rössner, D. / Walter, M. (1998a): Rechtspolitische Ausblick. In: *Dölling, D. u.a.* (1998b): Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven. *Bundesministerium der Justiz* (Hrsg.). Forum, Godesberg. S.481-486

Hartmann, A. (1990): Begleitforschung für die Modellprojekte in München und Landshut. In: *Marks, E. / Rössner, D.* (Hrsg.) (1990): Täter-Opfer-Ausgleich. Forum, Bonn. S.134-154

Hartmann, A. (1995): *Schlichten oder Richten*. Fink, München.

Hartmann, A. (1996): Die Entwicklung des Täter-Opfer-Ausgleichs im Spiegel der „Bundesweiten TOA-Statistik“. *Deutsche Bewährungs-, Gerichts- und Straffälligenhilfe e.V. (DBH)* (Hrsg.). DBH-Materialien Nr.31. Bonn - Bad Godesberg.

Hartmann, A. / Stroezel, H. (1998): Die Bundesweite TOA-Statistik. In: *Dölling, D. u.a.* (1998b): Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven. *Bundesministerium der Justiz* (Hrsg.). Forum, Godesberg. S.149-202

Hassemer, E. (1998): Praktische Erfahrungen mit dem Täter-Opfer-Ausgleich. In: *Dölling, D. u.a.* (1998b): Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven. *Bundesministerium der Justiz* (Hrsg.). Forum, Godesberg. S.373-432

Herz, R. G. (1995): Täter-Opfer-Ausgleich – Eine unendliche Geschichte. In: *Neue Kriminalpolitik*, 3/95, S.9-10

Heuer, K.-H. (1990): Die Täter-Opfer-Ausgleichsempfehlung der Polizei. In: *DVJJ-Journal – Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe*, Nr.132, S.82/83

Kawamura, G. / Schreckling, J. (1990): Täter-Opfer-Ausgleich – Eine professionelle soziale Intervention? In: *Marks, E. / Rössner, D.* (Hrsg.) (1990): Täter-Opfer-Ausgleich. Forum, Bonn. S. 73-114

Kerner, H.-J. / Hassemer, E. / Marks, E. / Wandrey, M. (Hrsg.) (1994): Täter-Opfer-Ausgleich – auf dem Weg zur bundesweiten Anwendung? Forum, Bonn.

Kerner, H.-J. (Hrsg.) (1998): Bibliographie Täter-Opfer-Ausgleich. DBH-Materialien Nr. 36, DBH, Köln.

Kubach, T. / Netzig, L. / Petzold, F. / Schadt, M. / Wandrey, M. (1995): TOA-Standards – Ein Handbuch für die Praxis des Täter-Opfer-Ausgleichs. TOA-Servicebüro. Köln.

Kuhn, A. / Rudolph, M. / Wandrey, M. / Will, H.-D. (1989): ‚Tat-Sachen‘ als Konflikt – Täter-Opfer-Ausgleich in der Jugendstrafrechtspflege. Forschungsbericht zum Modellprojekt ‚Handschlag‘. Forum, Bonn.

Lamnek, S. (1997): *Neue Theorien abweichenden Verhaltens*. (2. Aufl.) Fink, München.

Marks, E. / Rössner, D. (Hrsg.) (1990): Täter-Opfer-Ausgleich. Forum, Bonn.

Netzig, L. (1993): Victim/Offender Mediator training in Germany. In: *Mediation*, Vol 10, No 1. S.9/10

Netzig, L. / Petzold, F. (1989): Täter-Opfer-Ausgleich – Eine pädagogische Herausforderung. Universität Hannover, Fachbereich Erziehungswissenschaften I, Diplomarbeit.

Netzig, L. / Petzold, F. (1992): WAAGE Hannover e.V. – A Reconciliation and Restitution Program for Adult Offenders and Victims. In: *Messmer, H. / Otto, H.-U.* (Hrsg.) (1992): *Restorative Justice on Trial. Pitfalls and Potentials of Victim-Offender Mediation – International Research Perspectives*. Kluwer, Dordrecht. S. 513-521

Netzig, L. / Petzold, F. (1996): Wenn Neues nicht mehr neu ist. Erfolge, Probleme und Aussichten des Täter-Opfer-Ausgleichs im Erwachsenenbereich. In: *Pfeiffer, C. / Greve, W.* (Hrsg.) (1996): *Forschungsthema ‚Kriminalität‘*. Nomos, Baden-Baden. S.275-289

Netzig, L. / Petzold, F. (1997): Abschlußbericht der Aktionsforschung zum Modellprojekt Täter-Opfer-Ausgleich bei der WAAGE Hannover e.v. In: Pfeiffer, C. (Hrsg.) (1997b): Täter-Opfer-Ausgleich im Allgemeinen Strafrecht. Nomos, Baden-Baden. S.9-128

Netzig, L. / Wandrey, M. (1996): Was ist drin, wenn TOA draufsteht? Zur Entwicklung und Etablierung von Standards für den Täter-Opfer-Ausgleich. In: DVJJ-Journal- Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe. 7.Jg., Nr. 151, S. 6-13

Pfeiffer, C. (1988): Grundgedanken und Perspektiven des Braunschweiger Modellversuchs. In: Stadt Braunschweig (Hrsg.): Täter-Opfer-Ausgleich in Braunschweig. Braunschweiger Hefte zum Jugend- Sozial- und Gesundheitswesen 12. Braunschweig.

Pfeiffer, C. (1994): Wiedergutmachung und Strafe aus der Sicht der Bevölkerung. In: Kerner, H.-J. u.a. (Hrsg.) (1994): Täter-Opfer-Ausgleich – auf dem Weg zur bundesweiten Anwendung? Forum, Bonn. S. 91-116

Pfeiffer, H. (1989): Einbeziehung der Polizei in das Modellprojekt Täter-Opfer-Ausgleich in Braunschweig. In: Marks, E. / Rössner, D. (Hrsg.): Täter-Opfer-Ausgleich. Forum, Bonn. S.65-76

Pfeiffer, H. (1990): Täter-Opfer-Ausgleich unter Mitwirkung der Polizei. In: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (1990): Täter-Opfer-Ausgleich – Zwischenbilanz und Perspektiven. Burg, Bonn. S.169-172

Schmitz, C. (1988): Was ist Täter-Opfer-Ausgleich? Hektographierter Bericht des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN). Hannover.

Schreckling, J. (1990): Täter-Opfer-Ausgleich nach Jugendstraftaten in Köln. Bundesministerium der Justiz, Bonn.

Schreckling, J. (1991): Bestandsaufnahme zur Praxis des Täter-Opfer-Ausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland. Bundesministerium der Justiz, Bonn.

Schünemann, H. W. (1979): Anordnung von gemeinnütziger Arbeit zur Schadenswiedergutmachung im Jugendverfahren. Hektographierter Bericht, Braunschweig.

Schumann, K. F. (1985): Labeling Approach und Abolitionismus. In: Kriminologisches Journal, 1/85. S.19-28

Umbreit, M. S. (1994): Victim meets Offender. Willow Tree, Monsey.

Viet, F. (1988): Der 'Täter-Opfer-Ausgleich' als eine Aufgabe der Jugendgerichtshilfe. In: ZfJ, 75, 1, S.17-23

Viet, F. (1990): Möglichkeiten und Grenzen des Täter-Opfer-Ausgleichs bei besonderer Berücksichtigung von Taten schwerer Kriminalität. In: DVJJ (Hrsg.) (1990): Mehrfach Auffällige – Mehrfach Betroffene. Erlebnisweisen und Reaktionsformen. S.524-528

Walter, M. (1998a): Kriminalität, Kriminalpolitik und Täter-Opfer-Ausgleich: Auffassungen, Einschätzungen und Erfahrungen Kölner Rechtsanwälte. In: Strafverteiliger Forum, Heft 3, S.83/84.

Walter, M. (1998b): Der Täter-Opfer-Ausgleich aus der Sicht von Rechtsanwälten. In: Dölling, D. u.a. (1998b): Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland. Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) Forum, Godesberg. S.463-480

Wandrey, W. (1994): Praxisliste des TOA-Servicebüros. In: TOA-Intern. Nr.3. S.10-51

Wandrey, M. / Weitekamp, E. G. M. (1998): Die organisatorische Umsetzung des Täter-Opfer-Ausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland – eine vorläufige Einschätzung der Entwicklung im Zeitraum von 1989 bis 1995. In: Dölling, D. u.a. (1998b): Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland. Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) Forum, Godesberg. S.121-148

Prof. Dr. Hans-Heiner Kühne

Lehrstuhl für Strafrecht,
Strafprozeßrecht und Kriminologie,
einschl. Strafvollzugs- und
Jugendrecht
Universität Trier

Das Einbringen psychologischer und pädagogischer Kompetenz in das jugendgerichtliche Verfahren

I. Die Allgemeinkompetenz der juristischen Verfahrensbeteiligten

Das Thema setzt implizit voraus, dass Juristen keine, oder zumindest keine hinreichende Kompetenz auf pädagogischer und psychologischer Ebene haben. Anderenfalls wäre es müßig, sich über das Einbringen derartiger Kompetenzen ins jugendgerichtliche Verfahren Gedanken zu machen.

Als Jurist kann man diese stillschweigende Voraussetzung mangelnder Kompetenz auch leicht belegen. Die juristische Ausbildung, in der ich seit über 20 Jahren engagiert bin, berührt pädagogische und psychologische Fragestellungen bestenfalls am Rande im Rahmen der Wahlfachgruppe Kriminologie. Im übrigen stellt sich die Zehre der Jurisprudenz ihrem Selbstverständnis gemäß als formale Wissenschaft dar. Es geht im materiellen Recht vordergründig um den Vergleich von Gesetzestext und Lebenssachverhalt. Hierbei sollen die überkommenen vier juristischen Auslegungskategorien auf deduktivem Wege die Übereinstimmung von Gesetzestext und Sachverhalt prüfen. Es bedarf dabei grundsätzlich keines besonderen Verständnisses der betroffenen Lebenswirklichkeit. Der Jurist fungiert als Generalist, der lediglich sprachanalytisch arbeitet.

Soweit das Prozeßrecht die verfahrenstechnische Umsetzung einer solchen Gesetzesanwendung regelt, ist ebenfalls kein Sonderwissen erforderlich. Die Prozeßordnungen fungieren als enges Netz von Handlungsanweisungen, welche den juristischen Akteuren Sicherheit und Bestätigung vermitteln. Also beschränkt sich die Ausbildung weitestgehend auf die Erklärung entsprechender Norminhalte.

In der Praxis sieht alles ein wenig anders, wenngleich auch nicht besser aus. Dort erleben wir täglich, wie die Subsumtion materiellen Rechts durch subjektive Wertsysteme geprägt und die prozedurale Rechtsfindung sich nur mühsam an den Vorgaben des Verfahrensrechts durch einen Dschungel emotionaler Betroffenheit hindurch hangelt. Psychologische und pädagogische Kompetenz wäre hierbei auf einer sehr allgemeinen Ebene durchaus hilfreich.

Der Praktiker, schon in seiner Ausbildung diesbezüglich allein gelassen, erfährt auch während seiner beruflichen Tätigkeit wenig Hilfe. Die Justizverwaltungen setzen hier auf das Prinzip des „learning by doing“, was in Wirklichkeit bedeutet, dass es völlig gleichgültig ist, ob das Richtige, das Falsche oder gar nichts gelehrt wird.

Als Zwischenergebnis können wir also festhalten: Der Jurist ist vermittels seiner Ausbildung und Berufspraxis grundsätzlich ohne Kompetenz im pädagogischen und psychologischen Bereich.

II System und Struktur des deutschen Jugendrechts im Überblick

In Deutschland wird zwischen Jugendwohlfahrtsrecht und Jugendstrafrecht deutlich unterschieden. Das Jugendwohlfahrtsrecht ist im Sozialgesetzbuch (SGB) geregelt und beschäftigt sich mit Verhaltensdefiziten von Eltern und Kindern, indem es versucht, hierbei Hilfestellung zu leisten. Da die Eltern ein verfassungs- wie zivilrechtlich garantiertes Privileg zur Kindererziehung haben, bedürfen alle Interventionen gegen den Willen der Eltern einer gesetzlichen Legitimation, deren

Anwendung richterlich überprüfbar ist. Es gibt keine Strafen.

Das Jugendstrafrecht, im Jugendgerichtsgesetz (JGG) geregelt, ist eine speziellere Materie. Es geht hier allein um Straftaten von Nichterwachsenen und die entsprechenden Reaktionen ihnen gegenüber hierauf. Die Straftatbestände des Strafgesetzbuches (StGB) gelten für Erwachsene wie Nichterwachsene gleichermaßen. Unterschiede bestehen jedoch, davon abgesehen, in mehrfacher Hinsicht:

- Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr sind strafunmündig. Sie können daher kraft gesetzlicher Definition keine Straftäter sein. Zwischen dem vollendeten 14. und 18. Lebensjahr können Jugendliche nur entsprechend ihrer individuellen Entwicklung im Einzelfall als strafmündig bzw. strafunmündig beschrieben werden. Für sie gelten die besonderen Vorschriften des JGG. Heranwachsende zwischen 18 und 21 Jahren können - soweit ihre Reife eher der von Jugendlichen entspricht - ausnahmsweise wie Jugendliche nach dem JGG behandelt werden.
- Es gibt nur eine Strafe, die sogenannte Jugendstrafe, eine Freiheitsstrafe, die im Verhältnis zu der im Erwachsenenrecht reduziert und im übrigen absolut auf maximal 10 Jahre begrenzt ist. Die Jugendstrafe ist subsidiär. Sie darf nur verhängt werden, wenn die vom JGG angebotenen Interventionen mit vorwiegend erzieherischem Charakter nach begründeter Überzeugung des Gerichts nicht geeignet sind, den Jugendlichen zu einem Leben ohne weitere Straftaten zu veranlassen.
- Verfahren gegen Jugendliche werden vor besonderen Gerichten, den Jugendgerichten, durchgeführt, die auf der Basis des allgemeinen Strafprozeßrechts, der StPO, den besonderen Verfahrensvorschriften des JGG verpflichtet sind. Der Erziehungsgedanke regiert auch das Verfahrensrecht.

- Informelle Verfahrenserledigung, die möglichst vor Beginn der Hauptverhandlung einsetzt und das Verfahren vorzeitig beendet wird unter dem Begriff der Diversion intensiv betrieben. Es soll eine Stigmatisierung durch Verfahren, also insbesondere durch die Hauptverhandlung, vermieden werden. Rechtliche Anknüpfungspunkte sind §§ 45, 47 JGG, die der Staatsanwaltschaft bzw. Staatsanwaltschaft und Gericht die Möglichkeit einräumen, das Verfahren einzustellen. Die hierbei gemachten Auflagen sind nicht erzwingbar. Bei Nichterfüllung wird das Verfahren wieder aufgenommen. Die Auswahl von Auflagen ist nur durch mangelnde pädagogische Kreativität begrenzt. Auch Mediationsstrategien können gewählt werden.

III. Die gesetzliche Forderung nach Spezialkompetenz am Beispiel des deutschen Jugendgerichtsgesetzes

1 Personelle Bezüge

Richter und Staatsanwälte sollen gemäß § 37 JGG „erzieherisch befähigt und in der Jugendarbeit erfahren sein“. Wie das umgesetzt werden kann, sagt das Gesetz nicht. In der Praxis sieht es so aus, dass regelmäßig Frauen - wohl Kraft ihrer genetisch bedingten Erziehungskompetenz - und sonstige junge Juristen, die keine hervorstechenden Qualifikationen für andere richterliche oder staatsanwaltliche Verwendungen haben, zu Jugendrichtern und Jugendstaatsanwälten berufen werden.

Wohl im Wissen um die mangelhafte Umsetzung der Soll-Vorschrift des § 37 JGG, hat der weise Gesetzgeber in § 38 JGG vorgesehen, dass die Jugendgerichtshilfe „erzieherische, soziale und fürsorgerische Gesichtspunkte“ in das Verfahren einbringen soll. Da die Jugendgerichtshilfe (JGH) üblicherweise nicht von Juristen, sondern Sozialpädagogen und Psychologen wahrgenommen wird, ist damit der Weg für das Einbringen entsprechenden Wissens in das

jugendgerichtliche Verfahren zumindest formal geordnet.

Zudem besteht nach allgemeinen strafprozessualen Regeln, §§ 72ff StPO, immer die Möglichkeit durch die Bestellung eines oder mehrerer Sachverständiger dem Gericht auf jedem beliebigen Gebiet Fachkompetenz zugänglich zu machen. Das Gericht ist hierbei völlig frei in seiner Entscheidung und kann überall dort einen Sachverständigen bestellen, wo es der Information und Belehrung aus anderen Disziplinen bedarf.

2. Strukturelle Bezüge: Diagnose und Prognose zu Zwecken der Entscheidungsfindung

Auch strukturell verlangt das materielle wie prozessuale Recht Fähigkeiten, über die eher ein Sozialwissenschaftler denn ein Jurist verfügt. Vielfältig werden vom Gericht Diagnosen und darauf aufbauende Prognosen gefordert. Das beginnt mit der Entscheidung über eine informelle Erledigung vor Erhebung oder Zulassung der Anklage im Rahmen von Diversionsmaßnahmen. Gleiches wird bei der Entscheidung über die Wahl der Sanktionen verlangt, die von Wohlfahrtsmaßnahmen über nichtstrafende Interventionen bis hin zur Freiheitsstrafe, die hier freundlich Jugendstrafe genannt wird, reichen. Im Rahmen dieser Sanktionen muß dann wieder über Intensität und Schärfe der jeweils gewählten Sanktionsart entschieden werden.

All dies setzt voraus, dass das Gericht - im Rahmen der Diversion auch die Staatsanwaltschaft allein - zunächst einmal eine zutreffende Zustandsbeschreibung des beschuldigten Jugendlichen abgibt. Diese erfordert Informationen, die weit über die üblicherweise ermittelten verurteilungsrelevanten Tatsachen hinausgehen. Wie denn überhaupt Strafverfahren durch eine Fixierung auf den Tatvorwurf gekennzeichnet sind und den für jede Strafzumessung so wichtigen Bereich der Erfassung der

Täterpersönlichkeit gar nicht oder nur beiläufig berücksichtigen. Auf einer solchen zu erarbeitenden Wissensgrundlage muß dann eine Einschätzung erfolgen, wie der Beschuldigte auf solche Sanktionen reagieren wird, ob er dadurch zu einem straffreien Leben angehalten werden kann. Ein grundsätzlich heikles Unterfangen, weil uns Menschen der Blick in die Zukunft versperrt ist. Gleichwohl sind in den Sozialwissenschaften Verfahren entwickelt worden, die eine solche prognostische Entscheidung zumindest von Willkür und vermeidbaren Fehlern befreien sowie auf eine Basis statistischer Wahrscheinlichkeit stellen, die freilich individuell nicht unmittelbar übertragbar ist.

Schließlich muß der Jugendrichter in seiner Funktion als Vollstreckungsleiter, § 82 JGG, den Vollzug der verhängten Sanktion begleiten und dabei gewissermaßen deren Wirkung evaluieren. Bei den nicht strafenden Sanktionen wird der Richter hier mit Bewährungshelfern und Mitarbeitern der JGH zusammenarbeiten müssen; im Falle einer vollstreckten Jugendstrafe ist der Anstaltsleiter mit seinem Personal der Partner.

Es ergibt sich nicht aus dem Gesetz, auf welche Weise die Richter und Staatsanwälte diese Aufgabe fachgerecht wahrnehmen können. Da wir anfangs bereits gesehen haben, dass Juristen Kraft ihrer Ausbildung und/oder praktischen Berufserfahrung allenfalls zufällig hinreichende Kompetenz hierfür besitzen, stellt sich die dringende Frage nach geeigneten Vorgehensweisen.

Die Frage ist um so wichtiger als wir uns hier im Zentrum des Jugendstrafrechts befinden. In Rechtsprechung und Literatur ist es unstrittig, dass das Erziehungsprinzip das Jugendstrafrecht regiert. Dies bedeutet, dass mehr noch als im Erwachsenenstrafrecht das Verfahren Anlaß ist, nach Hilfestellungen für den jugendlichen Beschuldigten zu suchen, die es ihm ermöglichen, künftig ein Leben ohne Straftaten zu führen. In diesem

Zusammenhang bekennt sich das JGG explizit zur bloßen Subsidiarität der Strafe und gibt anderen erzieherischen Interventionen, die im Gesetz aufgeführt werden, den Vorrang. Die fatale quantitative Verknüpfung von Tatschuld und Strafe, wie wir sie aus dem Erwachsenenstrafrecht kennen, existiert im Jugendrecht nicht. Dies schafft enorme Freiräume für Jugendgerichte.

Die aufgrund justizministerieller Empfehlungen mittlerweile weit verbreiteten Diversionsstrategien schaffen weitere kreativ gestaltbare Handlungsmöglichkeiten, die den Vorteil haben, außerhalb eines formellen Verfahrens nutzbar zu sein. Freilich sind die in diesem Rahmen erforderlichen Diagnosen und Prognosen allein auf Grund juristischer Fachkenntnisse schon deshalb nicht angemessen zu erstellen, weil diesbezüglich keine handlungsleitenden Normen existieren, sondern Richter und Staatsanwalt frei sind, ohne Formvorgaben ihre pädagogische und psychologische Phantasie sinnvoll einzusetzen.

Theoretische und tatsächliche Möglichkeiten, psychologische /pädagogische Kompetenz in das Verfahren einzubringen.

1. Notwendige Beteiligung von Fachleuten

Ganz offensichtlich bietet sich das Institut der Jugendgerichtshilfe an, um die Justiz im Verfahren mit sozialwissenschaftlichem Wissen zu unterstützen. Da die Jugendgerichtshilfe auch notwendige Beteiligte im Verfahren ist, erscheint die Konstellation ideal. Leider verblaßt dieses schöne Bild, wenn man etwas näher hinschaut.

Auf der rechtlichen Ebene ist zu bemängeln, dass die JGH keine eigenständige prozessuale Position hat. Es bleibt unklar, ob sie eigene Antragsrechte besitzt. Dies hat zur Folge, dass das Gericht im Umgang mit der JGH ungebunden bleibt. Die Informationen der JGH sind zwar Teil der Verhandlung und

müssen für die Urteilsfindung auch wahrgenommen werden, haben aber weder die formale Position einer Zeugenaussage noch die einer Sachverständigendarlegung.

Entsprechend können Anträge und Rügen bezüglich der Sachaufklärung in Hinblick auf die JGH nicht geltend gemacht oder entsprechende Mängel revisionsrelevant gerügt werden.

Es bleibt also lediglich der persönlichen Auffassung des Richters überlassen, ob und wenn ja, zu welchem Teil er die Darlegungen der JGH auch inhaltlich berücksichtigt.

Erschwerend kommt hinzu, dass den Mitarbeitern der SGH nicht das Privileg der Zeugnisverweigerungsberechtigung in Hinblick auf Umstände, die den Tatvorwurf selbst betreffen, gewährt wird. Das wäre aber dringend erforderlich, weil eine intensive Beschäftigung mit dem sozialen Längs- und Querschnitt des beschuldigten Jugendlichen seiner und der Kooperation seines familiären Umfeldes wie auch seiner Freundesgruppe bedarf. Diese Kooperation wird mit größter Sicherheit nicht gegeben sein, wenn man gewärtig sein muß, dass alle Informationen sogleich der Staatsanwaltschaft übermittelt werden bzw. durch richterliche Aussagen erzwungen werden könnten, um weitere Anklagepunkte zu belegen. Der Jugendgerichtshelfer sollte daher die Möglichkeit haben, sich der Umstrukturierung seiner Funktion in die eines Ermittlungshelfers und Hilfspolizisten zu widersetzen. Trotz fehlender entsprechender rechtlicher Regelung, versuchen allerdings in der Praxis Richter und Staatsanwälte die Jugendgerichtshilfe aus diesem Konflikt heraus zu halten, was freilich letztere nur begrenzt zu beruhigen vermag, da insofern ihre Position gesetzlich nicht abgesichert ist.

In Hinblick auf die faktische Situation der JGH ist zu bemängeln, dass sie chronisch unterbesetzt ist. Die Vorstellung, dass in jedem jugendgerichtlichen Verfahren oder auch nur in jedem bedeutenderen jugendgerichtlichen Verfahren ein

kompetenter Jugendgerichtshelfer die in § 38 JGG vorgesehenen Aufgaben übernimmt, ist weitestgehend Theorie geblieben. Insofern wird das Gebot der notwendigen Beteiligung der JGH nur mangelhaft umgesetzt. Die Gerichte laden zwar pflichtgemäß die JGH ein, aber nur selten kann diese der Einladung voll entsprechen. Dem Gesetz ist freilich damit auf jeden Fall genüge getan.

2. Mögliche Beteiligung von Fachleuten

Wie schon erwähnt, kann jedes Gericht, so also auch das Jugendgericht immer dann, wenn es meint, zusätzlicher Fachkompetenz zu bedürfen, einen Sachverständigen bestellen. Nähme man diese gesetzlich eingeräumte Möglichkeit ernst, könnte es kein Strafverfahren, geschweige denn ein Jugendstrafverfahren, wo es in besonderer Weise um die Erkundung der Persönlichkeit des Beschuldigten geht, um ihm adäquate Hilfestellung leisten zu können, ohne eine Vielzahl von Sachverständigen geben. Allein im Bereich der Sanktionsfindung wären Pädagogen, Psychologen oder gar Psychiater regelmäßig gefordert, um die Auswahl von Sanktionen und die Beurteilung ihrer Wirkung auf das zukünftige Leben des Angeklagten zu erkunden. Dass dabei die Richter in eine fast ausweglose Lage gebracht würden, weil auf diese Weise die bekanntermaßen falsche aber rechtlich verankerte These von der individualpräventiven Wirkung der Freiheitsstrafe zu einem Konflikt zwischen rational erforderlichen und gesetzlich verlangtem Verhalten führen würde, sei nur am Rande bemerkt.

Die forensische Praxis macht - vielleicht zur Konfliktvermeidung - von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch. Höchst private pädagogische und psychologische Alltagstheorien der Richter sind letztlich für die Sanktionsentscheidung verantwortlich. Rein Gericht käme auf die Idee hier eine Sachverständigen zu benennen. Sachverständigen sind in der Gerichtspraxis Fragen der Zurechnungsfähigkeit, der

Glaubwürdigkeit, sowie Probleme aus technisch-naturwissenschaftlichen Bereichen, wie beispielsweise der Schusswaffenidentifizierung oder gentechnischen Analyse vorbehalten.

Eine solche Reduzierung der Hinzuziehung von fremden Sachverständigen hat zunächst einmal pragmatischen Gründe. Um die Erledigungsquote der Justiz nicht allzu sehr zu reduzieren und eine weitere Kostensteigerung zu vermeiden, neigen Gerichte nachgerade instinktiv dazu Sachverständige nur dann einzuschalten, wenn es unbedingt notwendig ist. Die zwei in diesem Zusammenhang wichtigen Fragen müssen aber gestellt und beantwortet werden:

- Wann ist es unbedingt nötig, einen Sachverständigen zu stellen?
- Warum erscheint den Gerichten die Bestellung eines pädagogischen/psychologischen Sachverständigen zu Problemen der Prognoseerstellung bei der Sanktionsfindung regelmäßig nicht erforderlich?

Vordergründig ist die Antwort auf diese Fragen leicht zu geben. Im Gegensatz zu den sogenannten exakten Wissenschaften, die sich einer wenig verständlichen mathematisierenden Fachsprache bedienen, werden die Geistes- und Sozialwissenschaften eher als Variationen über Themen des Allgemeinwissens verstanden. Es besteht mit anderen Worten die Neigung, private Alltagstheorien als gleichberechtigt zu wissenschaftlichen Theorien und deren Bearbeitung anzusehen. Etwa nach der Maxime: Mit Menschen umgehen und sie erziehen muß jeder, also kann das auch jeder.

Hinter diesem Trivialkonzept steckt jedoch mehr; es ist etwas, was ich in Anknüpfung an Immanuel Kant's Werk aus dem Jahre 1786 nennen möchte, „Den Streit der Fakultäten“

V Der Streit der Fakultäten

Kant ging es in seiner Schrift um die Methoden der Erkenntnisgewinnung. Er versuchte - ohne ausdrücklich in Konflikt mit der Kirche und seinem Fürsten zu geraten - die Vorherrschaft der theologischen Argumentation und ihre auf dogmatischen Annahmen gegründete Beweisführung im wissenschaftlichen Diskurs zu brechen. Anstelle dessen plädierte er - aufklärerischer Geist, der er war - für eine freie, rationale Beweisführung. Kant nahm dies zum Anlaß, die wissenschaftliche Rangfolge der Fakultäten neu zu ordnen, indem er ihre jeweiligen Stärken und Schwächen analytisch beschrieb. Es erstaunt nicht, wenn er die theologische Fakultät von ihrem ersten Platz verstieß und die philosophische darauf setzte. Die juristische Fakultät blieb - dies sei nur beiläufig erwähnt - als mehr dem feudalen Gesetzgeber und der Pragmatik des Lebens verpflichtete Institution irgendwo neben der theologischen auf einem der hinteren Plätze.

Der Streit der Fakultäten unter modernen Bedingungen ist im Zusammenhang mit unserem Thema noch lange nicht ausgestanden. Es geht konkret um die Akzeptanz von Pädagogik und Psychologie durch die juristischen Professionen. In einer Diskussion in Kant'scher Manier würden die Juristen für sich mit dem Vorrang der Rationalität auch den vorderen Platz in der Hierarchie zwischen diesen Fakultäten beanspruchen.

Dahinter steckt nicht allein unzureichendes Wissen um die Disziplinen von Pädagogik und Psychologie. Es sind vielmehr praktische Erfahrungen mit der begrenzten Reichweite dieser Wissenschaftszweige, welche den Juristen zu einer enttäuschten Reaktion des sich Abwendens veranlassen.

Sicher ist in der Tat, dass weder die Pädagogik noch die Psychologie in der Lage ist, für jugendliche Rechtsbrecher gültige Prognosen und

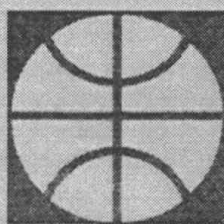
erfolgsgarantierende Interventionen zu entwerfen. In diesem Zusammenhang ist es für den Juristen besonders schockierend zu erfahren, dass das vielfältige empirisch statistische Datenmaterial über jugendliches Fehlverhalten und seine Korrektur zwar zu äußerst interessanten und meist auch hilfreichen Erkenntnissen führt, gleichwohl aber eine unmittelbare Übertragung und Anwendung auf Einzelfälle der forensischen Praxis nicht möglich ist. Kurzum, die Erwartungen der Juristen an die Sozialwissenschaften sind nach einer anfänglichen Euphorie in den 70er Jahren drastisch enttäuscht worden, was zu einer fast vollständigen Abwendung geführt hat, die für enttäuschte Liebe nicht untypisch ist.

Bei sachlicher Betrachtung ist diese Reaktion eher unverständlich und nur durch ein allzu naives Wissenschaftsverständnis auf Seiten der Juristen erklärbar. Natürlich entspricht es einem universellen menschlichen Wunsch, sichere Erkenntnis zu erlangen. Und ebenso üblich ist es, der Wissenschaft die Aufgabe zu übertragen, so geartete Erkenntnisse zu gewinnen. Gleichwohl sollte es bekannt sein, dass alle Wissenschaften, die sich mit der Steuerung oder Korrektur menschlichen Verhaltens befassen, mit zu vielen Variablen konfrontiert sind, um auch nur annähernd zu „richtigen Ergebnissen“ gelangen zu können. Die wissenschaftstheoretische Diskussion hat diesbezüglich hinreichend klargestellt, dass es hier nur um das systematische Ausschalten von Fehlern im Rahmen einer grundsätzlich unbegrenzten Fehlermenge gehen kann. Etwas konkreter gesprochen bedeutet dies: Wissenschaftliche Erkenntnisgewinnung liegt in dem mählichen Zuwachs von rationalen Anteilen des Erkenntnisprozesses.

Insbesondere bei verhaltenssteuernden Interventionen ist die Gewißheit über Richtigkeit und Erfolg nur leitendes Fernziel. Wissenschaftlichen wie praktischen Gewinn erzielen wir bereits dadurch, dass wir fehlerhafte Subjektivismen, Vorurteile und ähnliches

Number 1
Year 2

June 1999



FICE NEWS

FICE was founded under the auspices of UNESCO in 1948. It has developed into an international forum of practitioners and academics for the exchange of experience in the field of care and education for children and young people both within and outside their families.

FICE is engaged in all aspects of child and youth care – across international borders.

Fédération Internationale des Communautés Educatives International Federation of Educative Communities Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen ONG – UNESCO/UNICEF/ECOSOC/CONSEIL D'EUROPE

..a resolution on the war in Kosovo

On its Federal Council meeting in Montecatini (Italy) in May, the delegates of FICE adopted a resolution on the war in Kosovo. Faithful to its beliefs as a United Nations Peace Messenger, FICE asked the parties involved in the conflict to stop the hostilities and to look for a peaceful solution. FICE also expressed its concern about the bypassing of the attributions and the procedures of the United Nations Organisation. FICE asked its members to do anything possible to help the victims of this conflict and to work for the re-establishment of peace and mutual understanding in this area of Europe. By two concrete activities, FICE wanted to demonstrate its willingness to contribute as an international body to these goals.

Fortunately, a political resolution of the conflict has been found and the text voted in May is no longer of relevance to the present situation. But it is obvious, that the reconstruction of peace will be a very long and difficult process. The wounds opened by the war will need a long time to heal. It would be a pity if the ethnic purification operations put into practice by some war criminals would definitely split the populations of former Yugoslavia. The multiethnic and multicultural society has to be preserved and the dialogue between people has to be restarted.

As a small international organisation, FICE is currently organising an international youth camp and a Balkan-Conference with young people from children's homes and care workers from the different countries of former Yugoslavia in October in Budapest, Hungary. The goal of the youth camp is to give young people the opportunity to live together for two weeks and to discuss, together with their care staff, current political issues. During the three days conference, young people and care workers will discuss together with experts the possibility of re-establishing peace and mutual understanding among the former enemies.

In a long term perspective, FICE plans to set up an organisation called "Educateurs sans frontières" using its network to mobilise care workers from its 30 member countries to be ready to help to establish acceptable living conditions for children and young people in emergency situations. By this, FICE wants to share its 50 years experience of working with children in trouble with other organisations having the same priorities.

Summary

- ..a resolution on the war in Kosovo
- FICE-Europe Conference on Juvenile Delinquency, Dec.1998
- Educateurs sans Frontières
- Balkan Conference
- P.E.P. News
- Dates and events



FICE-Europe Conference on Juvenile Delinquency, Dec.1998

On behalf of FICE-Europe, ANCE, the Luxembourg FICE-member organised in December 1998 an international meeting about "Juvenile Delinquency in Europe". The conference was organised under the patronage of the Minister of Family Affairs, the Minister of Justice and the Minister of Youth.

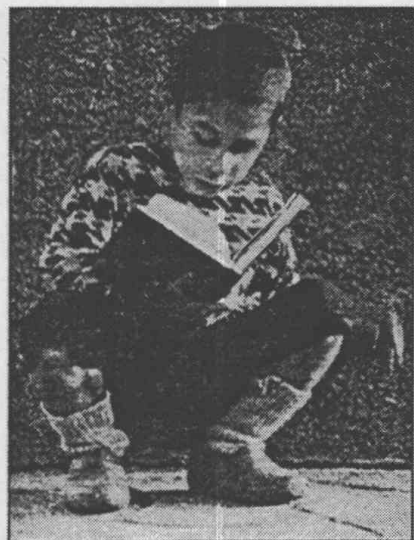
The 70 participants, 20 from abroad, met in the nice conference venue, the Jean Monnet Building in Luxembourg-Kirchberg. The conference papers were translated simultaneously in English, French and German thanks to the substantial support of the Representation of the European Commission in Luxembourg. Her Royal Highness, the Hereditary Grand Duchess of Luxembourg, Princess Maria Teresa assisted to the lectures of the first day of the conference and participated actively in the discussions.

The conference was supposed to treat three major issues on juvenile delinquency: **Prevention, Diversion and Protection of Rights**. After the opening speeches of Robert Soisson and Dr. Wolfgang Heusel from the Academy of European Law in Trier (Germany), Nigel Cantwell from the UNICEF International Child Development Centre in Florence (Italy) gave the key-note speech. Nigel Cantwell told the audience about his investigations in international standards on juvenile justice, the role of youth courts, the age of criminal responsibility, trends in the offences, arrest, pre-trial disposition and alternative procedures.

Masud Hoghghi, a former director of one of the biggest institutions for juvenile delinquents, the Aycliffe Centre for Children, told the audience about an emerging concept: parenting. In the UK, developing good parental skills becomes more and more important in the prevention of juvenile delinquency.

David Chesterton, a social worker and currently an Inner London Youth Court Magistrate gave some explanations about the originality of the UK juvenile justice system. Leslaw Pytko, professor at the University of Warsaw, made the point on current trends in the development of juvenile delinquency in Poland and in other former communist countries. The first conference day ended with a round table discussion on prevention of juvenile delinquency and later, participants met for a social evening in the hotel, where most of the foreign participants were accommodated. The second day started with a lecture of Valentin Schroll, General Attorney in the High Court of Justice in Vienna on the Extra-judicial Offence Mediation in Austria. Valentin Schroll strongly supports this new mediation technique and he was very enthusiastic about the results.

(Page 2...)



Olja Stojanova - Bulgaria

War in Kosovo
...*"Faithful to its
beliefs as a United
Nations Peace
Messenger, FICE
asked the parties
involved in the
conflict to stop the
hostilities and to
look for a peaceful
solution"*..



Jos Bewer from the Ministry of Youth in Luxembourg made a comprehensive survey about the Mediation Centre he is currently setting up in Luxembourg. Frauke Petzold, a pedagogue and leader of the project "Waage" in Hannover, Germany gave a positive report on experiences with the "Young Offender-Victim-Mediation" in Hannover and other parts of Germany. A round table discussion on diversion/mediation ended the second part of the conference.

After the lunch break, Camille Schneider, psychologist in the youth protection division in the Luxembourg Ministry of Justice gave some details about current trends and problems in the juvenile justice system in Luxembourg, where the rights of children are not always respected. Jean-Pierre Rosenczweig, juvenile judge in Bobigny (France) and president of the French FICE member gave a breathtaking speech about the right of young people in court and the current trends in juvenile delinquency and juvenile justice in France. Finally, Prof. Dr. Hans-Heiner Kühne from the University of Trier (Germany) tried to give advice how to introduce psycho-pedagogical competencies into procedures in juvenile courts in a very humorous way. Unfortunately, Prof. Eugene Verhellen from the Children's Rights Centre in Gent (Belgium) had to stay in hospital for a short time, so that he was unable to attend the meeting in Luxembourg. A last round table on children's rights in courts closed this very interesting meeting.

The conference papers are available at the FICE-secretariat.

Her Royal Highness, Princess Maria Teresa, Sylvie Andrich (Ministry of Family Affairs) and Gianluca Barbanotti, General Secretary of FICE

Robert Soisson, President

EDUCATEURS SANS FRONTIERES

International Action for Children in Crisis

Objective

To establish a rapid-response team of professional child-care workers able to intervene in crises and/or emergency situations on behalf of children and adolescents in distress in different parts of the world in order to give them the opportunity to reach normal lives.

Interventions of this team are to be of limited time duration. It is their task to prepare the ground for other organisations to take over. Activities take place in refugee camps or wherever children and adolescents find themselves, as victims of war or natural disasters.

On the basis of the International Convention on the Rights of the Child activities focus primarily on the following aspects :

- re-establishing schools or other learning facilities
- establishing places for leisure activities
- establishing places for therapeutic treatment
- preparations for a return to a normal life

Methodology

Activities are based on the principles of the International Convention on Human Rights and the International Convention on the Rights of the Child.

Interventions centre on:

A. making use of the pedagogical competencies of available adults for:

- diagnosis
- assessment
- development and
- implementation.

B. co-operation with other agencies intervening in the lives of children in emergency situations:

- national governments
- local administrations
- national and international NGOs
- forces of law and order
- United Nations family organs (UNICEF, UNHCR, etc.)

Rapid-response Teams

Two groups of 15 professionals, made up of

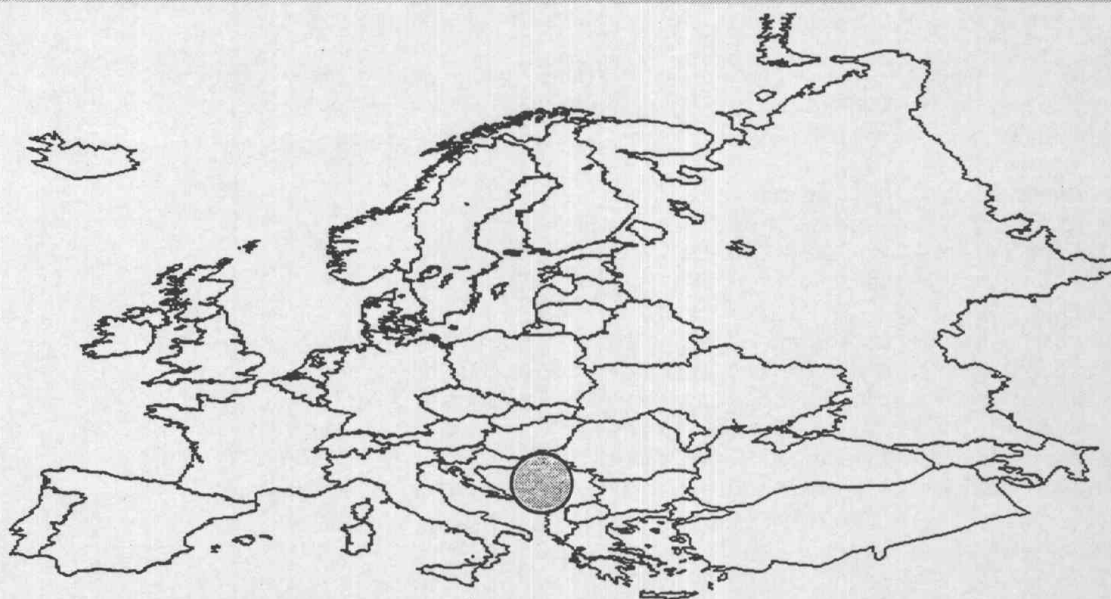
- care workers
- psychologists
- social workers

prepared and ready to leave at a moment's notice for any part of the world to assist in a crisis situation.

In the field the teams are to:

- assess the pedagogical resources available among the adults
- present/facilitate the implementation of pedagogical measures (finding locations and working resources, developing concepts, etc.)
- co-operate in the implementation of therapeutical structures (structures to deal with psycho traumata, discussion groups, expression workshops, etc.)
- make other agencies aware of the needs of children
- document their work to raise public awareness





Balkan Conference by René Anderes

As a consequence of war and warlike events in Bosnia and Kosovo there are thousands of victims and displaced persons of whom particularly the children suffer severely under the traumatic events they have experienced.

- According to UNHCR estimates 16 000 children in Bosnia-Herzegovina have been registered as being in need of special help as a consequence of the war in Bosnia. 4000 of these children are war orphans and approximately 5000 suffer from physical and psychological problems resulting from the war.
- Many children have become orphans through the war in Kosovo and we find thousands of children in the refugee camps who are severely traumatised after having been eye-witnesses to violence and cruelty.

In recognition of these facts FICE International in co-operation with FICE Switzerland and the "Schweizerischer Berufsverband der SozialpädagogInnen SBVS" ("Professional association of Swiss child care workers") have worked out a project to give the torn-apart groups an opportunity for dialogue towards coming together again. For October 1999 a peace camp for adolescents from residential institutions in former Yugoslavia (Slovenia, Croatia, Bosnia-Herzegovina, the Federal Republic of Yugoslavia, and Macedonia) as well as a conference of professionals in the field of care outside the family, also from former Yugoslavia, are planned for Budapest, Hungary. Professionals from institutions providing care outside the family are to be given a forum for exchanging their experiences in the care of children who have become war victims. Children and adolescents of different ethnic backgrounds shall be invited to a camp which will provide them with an opportunity for dialogue and joint activities.

The keynotes of this project, which is meant as a contribution to education for peace, are:

- dealing with the psychological effects of war
- professional reflection on work with children traumatised by war
- informal meetings of all concerned

This "Balkan Conference" is intended to initiate an ongoing process resulting in regular meetings and professional exchanges among institutions providing care outside the family in countries in the Balkans and in Southeast Europe. A further goal of this conference is the establishment of long-term partnerships between institutions providing care outside the family in former Yugoslavia with member countries of FICE-International.

The individual objectives of the project are as follows:

- The Peace Camp will give adolescents from the countries concerned an opportunity to meet in peer groups, outside of their usual environment and every-day life at the institutions. They can work up the psychological effects of the war.
- The Conference is to serve as a forum for professionals in care outside the family (directors of residential institutions, social pedagogues) from the countries concerned, giving them the opportunity to reflect on their work and experiences through a professional exchange process. The participants can also meet on an informal basis and establish personal contacts.
- Professionals and adolescents should, each in their own way, develop new ways and means of communication. The Camp and the Conference are contributions to education for peace.
- The Balkan conference should lead to the establishment of partnerships of institutions providing care outside the family in the Balkan region with institutions in FICE countries. These institutions will then engage in a regular exchange process at the professional level as well as among the children and adolescents.
- The Conference participants should adopt a joint resolution. Among other points professional meetings of social pedagogues from the countries concerned and other Balkan countries should be held on a regular basis. Professionals from FICE countries shall also be invited to take part.
- The event should lead furthermore to an ongoing organisation of camps for adolescents from the countries concerned. For example, every year one of the participating countries could invite adolescents from the other countries of the region.
- The conference participants shall be encouraged to initiate and support the establishment of new FICE Sections in their countries.

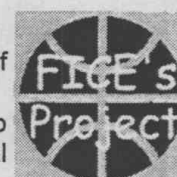
Our Project can be supported in two ways:

1. By providing financial support to our Project. Costs to allow one adolescent to participate are approximately SFr 750. Please make your payment to:
Raiffeisenbank, CH-9545 Wängi, Switzerland
"FICE Sektion Schweiz", account no. 1506268
Keyword: "Balkan-Konferenz"
2. You can offer to become a prospective partner institution for an organisation from one of the above-mentioned Balkan countries. As a first step, it will be sufficient to undertake a non-binding tentative registration with your FICE-Section or with one of the addresses below.

If you wish to receive a detailed project description or a bank transfer slip, or if your institution is interested in a partnership, please contact:

Rolf Widmer
President of FICE Switzerland
Stampfenbachstrasse 151
CH-8006 Zurich

René Anderes
Project Director "Balkan Conference"
CH-6678 Giumaglio
Switzerland



P.E.P. (Professional Exchange Program) News

As the result of the meeting, held in Florence, 19.05.99, Robert Soisson, Luxembourg, chair Eli Amir, Israel Soren Hegstrup, Denmark Sari Laaksonen, Finland Wolfgang Trede, Germany, came to these conclusions:

The meeting suggests that FC would change the secretariat to FICE-Europe. It was pointed out, that the person responsible for the programme should be enthusiastic about it as well as have the possibility to put time and effort to the work for PEP. The responsibilities of the secretariat are:

1. Keep up the updated information both web and the brochure
2. Take care of the PR and spreading the information of PEP, keep up with connections.
3. Inform and consult the national sections about the procedure and the financing possibilities.
4. Keep statistics and record of the reports and experiences of the programme.
5. Give certificates to the fellows.

The broadening of the programme was discussed, and we suggested to move forward insteps:

1. The programme will be brought back alive with the new secretariat, better advertising, informing the national sections and co-operation with other programmes and organisations. After doing this, we can evaluate the situation again, and if needed
2. Open the programme to student and newly graduated fellows as well.

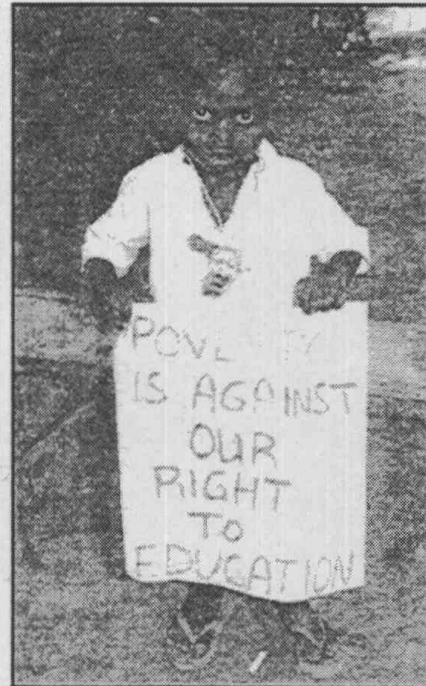
The applicants of non-member countries are still welcomed, but they have to have recommendations

1. From a FICE member personally
2. From another known organisation in their country, for example IFCW
3. From the ministry of social affairs or education of their country

International co-operation with other programmes and organisations is enlarged by web links and mutual advertising. In the application there has to be a recommendation from someone accepted by the national sections. In addition to that the applicant must provide any document the host country needs to have. In the information given it should be mentioned, that FICE is not responsible for the actions of the fellows. In connection with FC meetings the national coordinators and webmasters of PEP would regularly have also a meeting, discussing and changing the experiences.

These steps should be started right away. All the national sections will get information of the new situation before FC 2/99.

Sari Laaksonen



Ademola Idowu – Nigeria



WORLD WIDE WEB

at address <http://www.unicef-icdc.org/cdw.html> you can find an interesting Spotlight on **child domestic work**. "...Orphaned children or children of impoverished families have throughout history been sent to live in another household (usually, but not necessarily, related), where they perform tasks in return for shelter, care, nurture and education or useful instruction. In some settings, these children are seen as 'adopted' family members. The important change in recent times is that this kind of arrangement is becoming commercialized, and therefore more potentially exploitative..."

Visit also <http://www.globenet.org/enda/procape/> where you can find the aims of a new program to help **Street Children**. "...Of the more than 2 billion children (0-18 years of age) inhabiting the planet, 87% are living in developing countries. The vast majority of these children, most notably those living in urban areas, are often depicted by the European media as "street children"... Exploited economically, sexually, socially and often stereotyped by the media, these children have become the clichés representing all that is "wrong" in the Southern countries..."

Tommaso Conforti

The next Federal Council CF2/99, will take place in Budapest, Hungary 27-30 octobre 1999



..Ready for the *Private Net*.

we inform all FICE members that the "Secret" section of FICE's Internet Homepage is ready to start. It will contain most of the documents, you usually receive by mail, and other News we want to discuss about before publishing.

To obtain your free-access, mail to: fice@lycosmail.com and get the password.

**FICE's Secretary General Fax number has changed.
The new one is: +39.055.22.68.298**

General Secretariat
Piazza SS. Annunziata, 12
50122 – Firenze Italy
Tel. +39.055.24.69.162
Fax +39.055.22.68.298
E-mail: fice@lycosmail.com
Web: <http://fice.freeweb.org>



reduzieren und damit die Rationalität unserer Entscheidungsfindung verbessern. Dies führt nicht notwendig zu richtigeren konkreten Ergebnissen, wohl aber besteht die begründete Annahme, dass im statistischen Schnitt dadurch die Qualität und die Richtigkeit der Entscheidungen verbessert werden.

Diese Aufgaben können und müssen durch die Sozialwissenschaften wahrgenommen und erfüllt werden. Pädagogische und psychologische Vorurteile, Gemeinplätze oder Alltagstheorien der Juristen müssen sich dem Prüfstand dieser Disziplinen stellen, will der Jurist den eigenen Anforderungen der Rationalität entsprechen. Deshalb sind Pädagogik und Psychologie gerade im Jugendgerichtsverfahren die gleichsam natürlichen Partnerdisziplinen für die beteiligten Juristen. Vertreter diese Disziplinen können den Juristen helfen,

ihre Aufgaben fachgerecht zu erfüllen. Dem steht nur das erwähnte wissenschaftstheoretische Mißverständnis im Wege.

Es müßte doch möglich sein, dies zu überwinden und damit nicht nur den Streit der Fakultäten beizulegen, sondern auch das Jugendgerichtswesen seiner eigentlichen Funktionalität zuzuführen. Deshalb sind die Juristen aufgerufen, sich in den Sozialwissenschaften soweit kundig zu machen, daß sie zumindest die richtigen Fragen stellen können. Die Vertreter der Sozialwissenschaften sollten sich dagegen stärker als bislang darum bemühen, Möglichkeiten und Grenzen ihrer Disziplinen den Juristen verständlich darzulegen. Erst danach wird der Streit der Fakultäten zu einem Diskurs der Fakultäten, von dem insbesondere auch das Jugendgerichtsverfahren profitiert.

Camille SCHNEIDER

Psychologue

Préposée du Service de la Protection de
la Jeunesse
Luxembourg

**LA DELINQUANCE JUVÉNILE AU G.
D. DE LUXEMBOURG: PROBLEMES
ET PERSPECTIVES**

Pour commencer cet exposé, je voudrais tout d'abord préciser, qu'on ne trouve pas le terme de « délinquance juvénile » dans notre juridiction, et que par conséquent cette même délinquance juvénile n'existe pas chez nous.

La loi sur la protection de la jeunesse

Pour mieux vous expliquer ce phénomène, je vais entrer un peu plus en détail dans la loi du 10 août 1992 relative à la Protection de la Jeunesse.

En effet, notre pays dispose uniquement d'une loi pour la protection des mineurs. Il ne s'agit donc pas d'une loi répressive, comme dans d'autres pays.

L'art. 1 de cette loi énumère toutes les mesures de garde, d'éducation et de préservation, dont dispose le Juge de la Jeunesse, lorsqu'un mineur comparait devant lui. Ces différentes mesures vont de la simple réprimande, jusqu'à un placement du mineur auprès d'une tierce personne ou en institution. Au niveau préventif, le Juge de la Jeunesse peut également soumettre l'enfant à une assistance éducative, qui est à la fois une mesure d'aide et de contrôle.

C'est l'art. 7 qui précise dans quels cas le tribunal de la jeunesse peut prendre une telle mesure. « Le tribunal de la jeunesse peut prendre l'une des mesures spécifiées à l'art. 1 ou une mesure de placement dans un établissement de traitement à l'égard des mineurs qui se soustraient habituellement à l'obligation scolaire, qui se livrent à la débauche, qui cherchent leurs ressources dans le jeu,

dans les trafics, dans des occupations qui les exposent à la prostitution, à la mendicité, au vagabondage ou à la criminalité ou dont la santé physique ou mentale, l'éducation ou le développement social ou moral se trouvent compromis. »

On voit donc, que ce même article s'applique aussi bien aux jeunes tombant sous l'obligation scolaire et qui sèchent les cours, qu'aux enfants sexuellement abusés, tout comme à ceux qui ont commis une infraction quelconque. Ceci veut dire, que tous les enfants concernés sont à considérer comme étant des victimes et qu'ils sont en danger moral ou physique. Le but principal de la loi sur la protection de la jeunesse est donc, de venir en aide à tous les mineurs en détresse. Ce qui en théorie est une très bonne approche, ne l'est malheureusement pas toujours en réalité et ceci surtout faute de moyens appropriés. J'y reviendrai un peu plus loin.

Le tribunal de la Jeunesse

Les audiences du tribunal de la jeunesse sont tenues par un juge de la jeunesse unique, en présence d'un représentant du ministère public et d'un greffier. Les magistrats en question ne disposent, outre leur formation de juriste, pas de formation spécialisée.

Ce fait a été commenté de façon suivante dans le « Rapport sur la Justice de Luxembourg » établi en avril 98 par le député Lucien Weiler: « Eu égard aux mesures souvent graves à prendre par le juge de la jeunesse, telles que le placement d'un mineur dans un centre socio-éducatif de l'État ou une mesure de garde ou d'internement au centre pénitentiaire de Schrassig, il est manifeste que sa fonction est particulièrement délicate et exposée. Aussi le rapporteur donne-t-il à considérer s'il ne serait pas indiqué de prévoir une composition collégiale du tribunal de la jeunesse. »

Un tribunal de la jeunesse composé par plusieurs personnes ayant différentes formations et qui agiraient de façon collégiale et non hiérarchique, empêcherait p. ex. la situation suivante: C'est en principe le juge de la Jeunesse qui ordonne une mesure de garde provisoire pour placer un mineur au CPL. Si ce dernier fait une demande d'une mainlevée de cette mesure, il sera traduit, trois jours plus tard, devant le même juge. Si la demande est rejetée, le jeune devra comparaître, au plus tard après un délai de trente jours, devant le tribunal de la jeunesse où siègera toujours ce même juge. Si celui-ci ordonne un placement à la prison, ce sera toujours ce même juge qui décidera dorénavant de faveurs éventuelles pour le jeune, comme d'un congé etc. .

D'un côté une telle situation a l'avantage de garantir une certaine continuité dans le traitement d'un dossier, mais d'un autre côté, l'objectivité nécessaire risque d'être compromise à la longue par un tel contact prolongé et forcé.

Il serait certainement dans l'intérêt de chacun de pouvoir discuter et de décider de l'avenir d'un enfant, ou d'un adolescent, dans un groupe de professionnels, spécialement formés à cet effet (comme par exemple d'un magistrat, d'un assistant social, d'un psychologue, d'un pédopsychiatre etc.), et de pouvoir ainsi se partager la responsabilité, plutôt que de l'attribuer à une seule personne.

Le service de la protection de la jeunesse

Actuellement, c'est le **service de la protection de la jeunesse**, une section du service central d'assistance social, qui est chargé d'établir des enquêtes sociales sur des enfants en détresse. Ces rapports ont pour objet de fournir un maximum d'informations au tribunal de la jeunesse. Les agents de probation, qui ont une formation d'assistant social, doivent donc contacter toutes les personnes susceptibles de posséder des

renseignements importants. Par la suite, un rapport est envoyé au tribunal de la jeunesse. Ce compte rendu est établi uniquement dans l'intérêt du mineur en question, et contient une proposition quant à son avenir. Nous estimons que pour effectuer une telle enquête sociale de façon qu'elle soit la plus complète et fiable possible, un agent de probation nécessite environ cinq jours. Or, la situation actuelle, c.à.d. la croissance rapide du nombre de demandes d'enquêtes sans augmentation parallèle de l'effectif du personnel de notre service, a comme résultat, que nous ne disposons même plus de deux jours en moyenne, pour accomplir notre mission. Ceci entraîne également que les délais d'attente sont souvent de plusieurs mois. Inutile de préciser qu'est ce que ça veut dire « plusieurs mois » pour un enfant maltraité par son entourage.

Le tribunal de la jeunesse peut également confier à notre service les dossiers des enfants soumis à une assistance éducative. Une telle mesure a un caractère de prévention, car son but est d'empêcher le placement d'un enfant en institution. L'agent de probation, chargé de cette mission, restera en contact étroit avec la famille, et essayera par des conseils ainsi que par des contrôles, de garantir le bien-être de l'enfant. Notre service est d'avis qu'un foyer, aussi bien intentionné et organisé qu'il soit, ne peut jamais remplacer une vraie famille à un enfant. Il faut évidemment garantir, que l'entourage respecte les droits de l'enfant et qu'on lui fournit une éducation appropriée.

Après le « Rapport sur la Justice du Luxembourg » du député Weiler, une augmentation de notre effectif de deux postes pour l'année 99 nous a été promise. Ce ne sera toujours pas suffisant, mais rendra la situation un peu plus tolérable. Précisions à cet effet, que pour l'année dernière, huit personnes étaient prévues pour effectuer plus de 700 enquêtes sociales, et que deux postes et demi étaient prévus pour

s'occuper de l'assistance éducative de 154 enfants.

Mineurs placés au CPL

Revenons en au terme de la « **délinquance juvénile** »: il est donc impossible de cerner ce phénomène de façon concrète dans notre pays. Le tribunal de la jeunesse et le parquet peuvent uniquement faire état du nombre de dossiers qu'ils ont traités, sans pouvoir préciser dans combien de cas une infraction à la loi a eu lieu. On rencontre même une certaine réticence vis-à-vis de telles statistiques, et d'aucuns évoquent qu'en parlant trop en termes d'infractions et de délinquance on risque de se rapprocher de plus en plus d'un droit pénal pour mineurs. Cette situation, c.à.d. ce risque, est surtout dû au fait que ces dernières années, le nombre de **mineurs placés au Centre Pénitentiaire du Luxembourg** s'est sensiblement accru.

Ceci a mené à un grand nombre de débats. La encore une fois de plus la loi sur la protection de la jeunesse est assez imprécise: je cite l'art. 6: « si une mesure de placement dans un établissement ordinaire de garde, d'éducation ou de préservation est inadéquate en raison de la mauvaise conduite ou du comportement dangereux du mineur, le tribunal ordonne son internement dans un établissement disciplinaire de l'État. »

Malheureusement, cette loi ne définit pas le terme de mauvaise conduite ou de comportement dangereux. D'autre part aucun âge minimum n'est précisé et surtout nul part n'est expliqué quel est ce bâtiment au Luxembourg appelé « établissement disciplinaire ». Le juge de la jeunesse n'a donc pas d'autres moyens que de traduire *établissement disciplinaire* par *prison*.

La situation est tragique: un certain nombre de mineurs se retrouvent donc en prison parce qu'ils sont en danger moral ou physique. D'après notre loi il y a obligation de venir en aide à ces mineurs c.à.d. de leur fournir tous les moyens

nécessaires en vue d'une résocialisation efficace. Or c'est juste le contraire qui se produit.

Dans les différentes étapes qui conduisent un mineur vers la délinquance, la plus décisive est celle où il y a un changement dans l'identité psychosociale. C'est à partir du moment où la société définit le jeune comme étant un criminel qu'il va vraiment en devenir un. Enfermer des mineurs en prison conduit automatiquement à un isolement social, et leur entourage va réagir avec mépris. On leur aura collé l'étiquette de délinquant sur le front, indépendamment du fait que ce terme existe oui ou non pour le législateur.

Vu le manque d'infrastructure adéquate et de personnel qualifié il est impossible de garantir une prise en charge valable de ces jeunes. Par souci de tenir les mineurs à l'écart des prisonniers adultes, ce sont finalement les mineurs qu'on doit mettre en isolation. On a donc décidé de les installer au bloc E qui est le bloc d'isolation pour les prisonniers soumis à une peine disciplinaire.

Jusqu'au mois d'octobre de cette année, il était apparemment impossible d'engager un enseignant pour ces jeunes, dont, par moments, plus de la moitié tombent sous l'obligation scolaire, et ceci malgré que cet enseignant avait été réclamé pendant de nombreuses années. L'État n'arrivait donc pas à respecter ses propres lois. Heureusement, on a remédié à ce problème depuis peu. Cependant la diversité des nationalités et des niveaux d'études, amène le chargé de cours à enseigner sa matière à des petits groupes de deux à trois élèves. Ceci a pour conséquence que l'école se limite à une ou

deux heures de cours par jour pour chaque mineur.

Pendant leur temps libre, les mineurs se voient entre eux, mais sans aucune surveillance et ceci dans une toute petite salle. Cette promiscuité pour des jeunes,

qui ont certainement un déficit quant à leurs relations sociales, mène évidemment à des agressions aussi bien verbales que physiques. La plupart des jeunes se retrouvent en prison parce que pendant leur enfance ils n'ont pas reçu une éducation appropriée, et ce n'est certainement pas en les mettant dans un coin de la prison en attendant une meilleure solution, qu'on leur vient en aide.

Statistiques

Malheureusement, on ne dispose au Luxembourg que de très peu de statistiques, et je ne peux donc que vous présenter les chiffres qui se basent sur mon expérience personnelle, c.à.d. la statistique que j'ai effectuée moi-même en vue de notre rapport d'activité annuel.

Entre le 15 septembre 97 et le 14 septembre 98, 63 mineurs ont été emprisonnés. Il s'agissait de 61 mineurs différents, deux ayant été emprisonné à deux reprises pendant la même année.

Le plus jeune avait 11 ans et on comptait 36 mineurs, c.à.d. 57 % qui avaient 15 ans ou moins.

La durée de leur séjour variait entre trois semaines et sept mois.

Le nombre maximum de mineurs présents au CPL était de seize, et la moyenne journalière était de huit, plus précisément de sept garçons et d'une fille.

Pour être plus précis, voici la **situation telle qu'elle se présentait le 27 novembre de cette année:**

34 mineurs sont placés au Centre Pénitentiaire, dont 25 bénéficient d'un congé et de ces 25 neuf sont des résidents luxembourgeois. Un mineurs est en fugue et huit se trouvent effectivement en prison.

Parmi ces huit mineurs, il y en avait 2 de 14 ans, 1 de 15 ans, 2 de 16 ans et 3 de 17 ans.

Quatre de ces mineurs y étaient placés par mesure de garde provisoire, c.à.d. qu'ils s'y trouvaient depuis moins d'un mois et qu'ils attendent d'être cité au tribunal de la jeunesse.

Quatre mineurs sont placés jusqu'à l'âge de 18 ans.

Jusqu'à ce jour un mineur se trouve pour la 7ième fois au Centre Pénitentiaire de Luxembourg et y a passé en tout 16 mois et 14 jours, un autre a été emprisonné 8 fois et a passé en tout 15 mois et un jour en prison. Prétendre que ces nombreux emprisonnements prouvent la dangerosité de ces deux mineurs est certainement une solution de facilité. Je suis plutôt d'avis que c'est notre système de réintégration sociale qui a échoué.

Heureusement un certain nombre de personnes ont reconnu le caractère d'urgence de ce problème, notamment l'actuel ministre de la justice, et essayent d'y remédier le plus rapidement possible. Des améliorations peuvent être constatées, comme l'engagement d'un instituteur et d'un éducateur qui s'occupent plusieurs heures par jour des jeunes. Cependant on ne peut pas nier, qu'indépendamment de ces efforts, aussi louables qu'ils soient, que ces jeunes n'ont pas leur place au centre pénitentiaire.

Depuis plusieurs années, la réponse à chaque question parlementaire concernant les mineurs en prison et à chaque reproche adressé à notre gouvernement par diverses organisations nationales et internationales a été la suivante: nous sommes conscients du problème et nous allons y remédier bientôt avec la construction d'un nouveau centre qui s'appellera «**unité de sécurité**». A ce sujet je voudrais remarquer qu'au début des années 90, je faisais moi-même partie d'un groupe de travail concernant cette unité de sécurité et que

jusqu'à aujourd'hui ce projet ne s'est pas réalisé du moins pas de façon concrète. De toute façon, on a prévu de construire ce centre à côté du centre socio-éducatif de Dreiborn, ceci entraînera qu'il tombera sous la tutelle du ministère de la famille. A mon avis cependant, il manquera toujours une institution appropriée au ministère de la justice pour accueillir une certaine catégorie de jeunes.

Conclusion

Pour conclure, je voudrais souligner le rôle important que joue la famille dans le développement de la personnalité d'un enfant. Donner à un enfant le sentiment d'être aimé, protégé et accepté, et ceci dans un cadre bien structuré, peut lui donner une personnalité assez forte pour s'imposer même dans un entourage malsain. Il faudrait donc investir plus dans les familles à problèmes multiples, les soutenir et les aider à gérer eux-mêmes leurs problèmes. D'après les agents de probation qui s'occupent de prisonniers adultes, une grande partie de leur clientèle a passé son enfance en institution. Je suis donc persuadée que si notre gouvernement était prêt à investir plus au niveau de la prévention, on pourrait éviter l'emprisonnement de bon nombre d'enfants et d'adultes.

Si notre loi sur la protection de la jeunesse contient quelques éléments forts louables il n'y en a pas moins qui sont sujet à critique. Un grand nombre d'articles sont plus qu'imprécis. Ceci a certes l'avantage qu'on ne se retrouve pas face à une loi rigide, mais à une loi souple qui permet de l'adapter à la situation personnelle de chaque enfant. Un manque de précision entraîne

cependant, que l'interprétation de la loi dépend fort de ceux qui l'appliquent, qu'il s'agit d'avocats, de procureurs ou des juges.

Enfin, je regrette la non-existence de mesures alternatives en ce qui concerne les jeunes ayant commis une infraction. La seule mesure alternative contenue dans la loi sur la protection de la jeunesse, est celle de l'oeuvre philanthropique. Les mineurs sont appelés à fournir une prestation de travail pour une institution ou de faire un don d'une certaine valeur correspondant à leurs possibilités. Cependant, faute de moyens, c.à.d. faute de personnel et d'institutions collaborantes, cette mesure n'est que très peu appliquée. Dans d'autres pays on a recours à des moyens qui font preuve de beaucoup d'imagination et d'idéalisme, comme par exemple envoyer des jeunes en voyage pour plusieurs semaines sur un bateau.

Parler des jeunes qui se trouvent quelque peu en dehors de la société, a longtemps été un sujet qui dérangeait et qui n'intéressait guère personne. Cet état des choses a toujours été révoltant, et je suis d'avis que chaque enfant, chaque adolescent a droit à une chance, et qu'après chaque échec il a droit à une nouvelle chance. Car décider que tel ou tel jeune ne mérite plus qu'on investisse dans lui, c'est un peu comme si on le condamnait à mort.

J'ai cependant l'espoir de constater un certain changement dans l'esprit des gens, et la réalisation d'un séminaire comme celui-ci me prouve que mon espoir est justifié.

Nigel Cantwell

JUVENILE JUSTICE

Notiz des Herausgebers: Der folgende Artikel stammt aus dem "Innocenti Digest on Juvenile Justice" der unter der Federführung von Nigel Cantwell vom UNICEF International Child Development Centre im Januar 1998 in Florenz herausgegeben wurde

This Digest focuses on the situation of children and young people under the age of 18 who come into contact with the justice system as a result of being suspected or accused of committing an offence. Its starting point is the moment of arrest. It goes through to the time when a decision is made, within or outside the formal justice system, on how they are dealt with, and looks at the implications of sentencing options, with particular attention to those involving deprivation of liberty. It also makes reference to the prevention of juvenile offending and the social reintegration of offenders, as well as to the special problem of children incarcerated with their mothers.

Concern over violation of children's rights in these situations, throughout the world, is growing. Policy and practice relating to juvenile justice are among those areas most frequently criticised by the Committee on the Rights of the Child, the body responsible for monitoring the implementation of the United Nations Convention on the Rights of the Child.

The Committee has in fact made reference to problems in this sphere in relation to some two thirds of the State reports it has reviewed so far. Juvenile justice, however, is not seen as a top priority in many countries, and its realities are often hidden or ignored. This Digest attempts to highlight the main issues involved and to serve as one basis for improved action.

International standards

In both binding and non-binding international law¹, juvenile justice and its associated fields (such as prevention of delinquency and conditions of detention) are the subject of provisions whose comprehensive and detailed nature has no equal in the overall field of children's rights.

Relevant international norms have existed for several decades. The 1955 Standard Minimum Rules for the Treatment of Prisoners - themselves inspired by standards endorsed by the League of Nations in 1934 - already set out the principle of separation of "young prisoners" from adults in custodial facilities and, for adults and juveniles alike, the separation of accused and convicted detainees. The 1966 International Covenant on Civil and Political Rights (CCPR) reiterates these principles in the form of 'hard law', as well as prohibiting the death penalty for persons Found guilty of a crime committed when they were under the age of 18 (Art. 6.5). The CCPR also contains many safeguards applicable to all persons brought to trial and detained, and specifically states that "[i]n the case of: juvenile persons, the [court] procedure shall be such as will take account of their age and the desirability of promoting their rehabilitation" (Art. 14.4).

Binding and non-binding law

Binding, or 'hard' law, comprises treaties (conventions, covenants) that carry obligations for - and only for - those States that officially notify their agreement to be bound by them by ratifying or acceding to them. Non-binding, or 'soft' law, constitutes all other intergovernmental legal instruments - such as declarations, guidelines and rules - that are approved in an international forum such as the United Nations General Assembly but that carry no formal obligations regarding their implementation.

The main specifically child-focused norms currently regulating this field are contained in the:

- Convention on the Rights of the Child 1989 (CRC), which by end 1997 had been ratified by all countries except Somalia and the United States of America;
- United Nations Standard Minimum Rules for the Administration of Juvenile Justice 1985 (Beijing Rules);
- United Nations Rules for the Protection of Juveniles Deprived of their Liberty 1990 (JDLs);
- United Nations Guidelines for the Prevention of Juvenile Delinquency 1990 (Riyadh Guidelines).

Since its drafting largely overlapped with that of the three non-binding texts, the CRC not surprisingly reflects the basic principles and enhances the force of many standards contained in these rules and guidelines.

At the moment of ratifying or acceding to a treaty, States Parties may notify reservations regarding any provisions by which they are unwilling to be bound, provided that the content is not deemed to go against the basic spirit and purpose of the treaty and that the majority of other States Parties make no objection to these reservations. Several countries have registered reservations² in connection with Articles 37 and 40 of the CRC.

² Reservations to juvenile justice provisions in the CRC

Article 37: the main issue subject to reservations in this provision concerns point (c), non-recognition of systematic separation of detained children from adults. While not contesting the principle itself, Australia, Canada, the Cook Islands, Iceland, New Zealand, Switzerland and the UK maintain that there are situations where separation is not feasible (lack of facilities) or is inappropriate (e.g. it would involve distancing the child unduly from his or her family). Japan noted that it effects separation as of the age of 20. In reference to point (a), the obligation to

Given the importance placed on juvenile justice by the international community, as evidenced by the scope and detail of the international instruments it has adopted on the subject, it seems somewhat paradoxical that the rights, norms and principles involved are regularly ignored and seriously violated virtually throughout the world, on a scale that is probably unmatched in the field of civil rights implementation.

The paradox is graphically illustrated in part in the United Nations General Assembly resolution adopting the Beijing Rules, which itself states that "although such standards may seem difficult to achieve at present, in view of existing social, economic, cultural, political and legal conditions, they are nevertheless intended to be attainable as a policy

prohibit cruel or degrading treatment and punishment, Singapore retained the right to make "judicious" use of corporal punishment and to take any measures (of imprisonment) that may be required for national security and public order. More generally, the Netherlands specified that penal law can be applied to children as of the age of 16 in some cases.

Article 40: Belgium, Denmark, France, Germany, Monaco, the Netherlands, Switzerland and Tunisia all set limits on cases that could be subject to higher judicial review, and the Republic of Korea declared that it would not be bound by this provision (2.b.v). Germany and the Netherlands further noted that minor offences could be tried without legal assistance (2.b.iii).

In relation to both Articles 37 and 40, Malaysia stated that it accepted the resulting obligations only inasmuch as they are in conformity with the country's Constitution, national laws and national policy. Several countries under Islamic law made general reservations, applying to the CRC as a whole, on the lines of that notified by Saudi Arabia "with respect to all such articles as are in conflict with the provisions of Islamic law".

minimum". The comparable resolution adopting the JDLs, in contrast, states bluntly that the General Assembly is alarmed at the conditions and circumstances under which juveniles are being deprived of their liberty "worldwide". Both resolutions, nonetheless, go on to urge member States to allocate "the necessary resources to ensure the successful implementation" of each set of Rules.

Some juvenile justice standards - among those governing deprivation of liberty in particular - are reaffirmation of economic, social and cultural rights: adequate food and clothing, access to medical care and education, for example. These rights are to be fulfilled without discrimination, whatever the situation of the child involved. The State clearly bears a very direct responsibility for this where it is acting in loco parentis, as is the case for detained children.

But the special norms - the majority - in the overall sphere of juvenile justice are inspired by civil rights, and indeed derive directly from the CCPR. Compliance with them cannot therefore be considered as subject to the qualification made in Article 4 of the CRC concerning the implementation of "economic, social and cultural rights", measures for which are to be undertaken by States Parties only "to the maximum extent of their available resources".

This said, it would be wrong to believe that compliance with juvenile justice standards is only a question of policy, not of resource allocation, simply because they are grounded in civil rights. Prohibition of the death penalty for juveniles clearly requires little or nothing more than a simple decision, with relatively minor financial implications. Setting up a national network of full-fledged juvenile courts from zero, on the other hand, involves the commitment of resources no less significant than might be needed for meeting certain obligations under economic, social or cultural rights. This is not an excuse for non-compliance, of course, it constitutes a CRC-founded

injunction to find and commit those resources.

Definitions and terminology

Definitions³ and terminology are particularly important in this sphere. First, the international instruments are not consistent in this respect, and it is necessary to determine exactly whom they cover in order to use them appropriately. Second, many terms have negative connotations, and their use is to be

Definition: 'child' and 'juvenile'

Whereas the CRC covers all individuals below the age of 18 years, "unless under the law applicable to the child, majority is attained earlier" (Art. 1), and uses the generic term "children" to describe them, the JDLs mention no qualification to the 18 years threshold and, as their title suggests, refer to those concerned as "juveniles". In contrast, and while again employing the term "juvenile" in defining their target group, the (pre-CRC) Beijing Rules do not set a fixed age but state that, for the purposes of that instrument, "[a] juvenile is a child or young person who, under the respective legal systems, may be dealt with for an offence in a manner which is different from an adult" (Rule 2.2.a).

The Riyadh Guidelines also contain no explicit definition, but mention that their interpretation and implementation should be "within the broad framework of", among other instruments, the CRC and the Beijing Rules. As far as age is concerned, this suggests the application of whichever is the higher standard of these - the CRC's "under 18" in most cases, no doubt, but the open-ended Beijing definition for those countries where persons of 18 or older may still be tried by a non-adult court. Despite their title, the Guidelines make use more especially of the terms "children" and "young persons", often in tandem, moreover; they employ "juvenile" only as an adjective, as in "juvenile justice system" or "juvenile delinquency".

avoided in efforts to secure respect for the relevant standards.

The main international instruments themselves contain some surprising and unfortunate choices of terminology. The Riyadh Guidelines, while warning strongly against the use of the word 'delinquent' to describe a young person, talk frequently - not just in their title - of 'delinquency' in describing the collective phenomenon of young persons' acts. The drafters of the Beijing Rules chose to use the words 'juvenile offender'. At the same time, and albeit only for the purposes of reading the Rules themselves, they included within the meaning of that term "a child or young person who is alleged to have committed... an offence", thereby seeming to break the sacrosanct rule of 'presumption of innocence', as well as that of avoiding labelling and stigmatisation, in stark contrast to the tenor of the principles in the text.

The rationale

There is no strict and clear-cut dividing line between the philosophies and approaches underlying a general justice system and that to be applied to juveniles. The difference lies more especially in emphasis, in particular between the weight given respectively to punishment and to securing the offender's social reintegration. Thus, the CCPR contains no indications or obligations regarding sentencing for adults, whereas the CRC sets out a number of restrictions (e.g. prohibiting the death penalty and life imprisonment without possibility of release) and requires (as do the Beijing Rules) that "detention or imprisonment of a child...shall be used only as a measure of last resort and for the shortest appropriate period of time" (Art. 37.b). In its Article 40.4, the CRC also sets out a variety of dispositions to be considered and which would effectively enable a custodial sentence to be avoided.

These provisions stem from the approach that the treatment of a child in conflict with the law should take account of, among other things, "the desirability of promoting

the child's reintegration and the child's assuming a constructive role in society" (Art. 40.1). The "reintegration" aim is nonetheless not entirely absent from the regime applicable to adults. The CCPR thus states that "[t]he penitentiary system shall comprise treatment of prisoners the essential aim of which shall be their reformation and social rehabilitation" (Art. 10.3).

The avoidance of merely punitive sanctions against juveniles is also implied in Rule 5 of the Beijing Rules, which states that "[t]he juvenile justice system shall emphasise the well-being of the juvenile". The Rule then introduces the principle of proportionality - "and shall ensure that any reaction to juvenile offenders shall always be in proportion to the circumstances of both the offenders and the offence" - which, as stated in the Commentary to Rule 5, is similarly designed to curb undue recourse to such punitive sanctions.

The Beijing Rules also encourage the use of a practice known as diversion (Rule 11), which is steadily gaining favour in many countries. Diversion signifies the avoidance of recourse to the courts - and therefore contact with the formal justice system - for young people committing all but the most serious offences, at least when apprehended for the first time. Another fundamental consideration is set out in the Riyadh Guidelines: that "youthful behaviour or conduct that does not conform to overall social norms and values is often part of the maturation and growth process and tends to disappear spontaneously in most individuals with the transition to adulthood" (5.e). Indeed, studies based on victim and self-reporting surveys consistently indicate that between 70% and 80% of children have committed at least one - usually petty - offence that very often has not been reported or discovered. Response to such behaviour when discovered, however, is necessary in the interests of both the community and the perpetrator. At the same time, the form of that response must reflect the fact that, in most cases, it in no way represents society's last chance to try to dissuade the

young person from a life of increasingly serious crime.

Juvenile justice is therefore not founded -- contrary to a widespread misconception -- on a 'lenient' approach as such but on responses to juvenile offending that:

- encourage a process of behavioural change by helping the child or young person to feel accountable for his or her actions and understand their impact on others;
- foster integration rather than alienation;
- hence, avoid the involvement of the formal court system and, above all, to purely punitive responses such as deprivation of liberty wherever possible, and give special importance to constructive community-based solutions.

Age of criminal responsibility

There is no clear international standard regarding the age at which criminal responsibility can be reasonably imputed to a juvenile. The CRC simply enjoins States Parties to establish "a minimum age below which children shall be presumed not to have the capacity to infringe the penal law" (Art. 40.3.a). The Beijing Rules add to this the principle that

"the beginning of that age shall not be fixed at too low an age level, bearing in mind the facts of emotional, mental and intellectual maturity" (Rule 4.1). This at least provides some guidance as to the grounds for deciding the age: the findings of medical and psycho-social research rather than tradition or public demand.

It is surprisingly difficult to obtain clear data on the minimum age applied in each country. In particular, one 'age' may hide another: in other words, the official age of criminal responsibility may not be the lowest age at which a child can be involved with the justice system because of an offence. In France, for example, where the minimum age is 13, children between the ages of 10 and 12 can appear before a juvenile judge, who may, however, only impose educative and supervision measures, such as probation, if the child is considered to be at risk. Alternatively, the minimum age may be applicable to all offences except serious crimes. Equally, some countries with low minimum ages have a system of 'steps' whereby different measures are applicable for specified age groups. Thus, in Jordan where the minimum age is 7, offenders under 12 are in principle only subject to supervision and 'behaviour observation' measures.

Official Age of Criminal Responsibility									
7	8	9	10	12	13	14	15	16	18
Barbados Belize Cyprus Ghana Ireland Jordan Kuwait Lebanon Namibia Nigeria Pakistan Sudan Syria Thailand	Sri Lanka UK: Scotland	Ethiopia Iraq	Fiji Nepal Leone UK	Canada Honduras Jamaica Morocco Uganda	Algeria Chad France Guinea Niger Poland Tunisia	Bulgaria China Croatia Germany Hungary Italy Japan Libya Romania Russia Slovenia Yemen Yugoslavia	Czech R. Denmark Egypt Finland Iceland Norway Peru Sudan Sweden	Bolivia Chile Cuba Indonesia Portugal Spain Ukraine	Belgium Colombia Ecuador Mexico Panama Peru Uruguay

Notiz des Herausgebers: Die Tabelle im Innocenti Digest enthält die Namen der Länder, welche bis Anfang 1995 ihren Initialbericht über die Umsetzung der Kinderrechtskonvention vor dem Kinderrechtskomitee in Genf vorgelegt hatten. Aus technischen Gründen habe ich sie leicht gekürzt und verschiedene Kleinstaaten weggelassen. In verschiedenen Ländern können die Altersgrenzen von Fall zu Fall nach oben oder nach unten geändert werden. Die Angaben in der Tabelle sind dementsprechend zu relativieren.

In some societies no lower limit has been specified, making it in principle as of birth. Where a minimum age has been set, the disparities from one country to another are astounding

The Committee on the Rights of the Child constantly refers, in its Concluding Observations on State reports, to the desirability of setting the highest possible minimum age. It has in particular criticised countries where the age is set at 10 or below. At the same time, the level at which this age is set is in no way an automatic indication of the way a child is dealt with after committing an offence. Thus, in Scotland where the age is among the lowest (8 years), the progressive 'children's hearing-' system in fact avoids contact with the formal justice system for children under 16 - and even many 16 and 17-year-olds - for all but the most serious offences, and is solidly oriented towards non-custodial solutions. This compares with Romania, for example, where the minimum age is 14 and where a child of that age will be brought to court for the same offence and possibly sentenced to detention as a result; or with Guatemala, with 18 as the minimum age, but where a long-term 'socio-educational' institutional placement may be ordered for an offence committed by a child under that age. In sum, the age at which criminal responsibility is set may or may not reflect a repressive or rehabilitative perspective on the part of the authorities.

The lack of due process⁴ guarantees is indeed the main concern arising from the

⁴ Due process

Due process is the recognised right of any person accused of an offence to benefit from a fair trial. Some of its elements come into play prior to the trial itself: the right to be informed clearly of the exact charges being levelled; the right to be presumed innocent; the right not to be forced to confess or to give incriminating evidence; the right to legal assistance in preparing for trial; and the right to having the matter dealt with "without delay" The trial itself

establishment of 'too high' a minimum age. For children under that age, it often means the non-intervention of the justice system in which, alone, those guarantees are safeguarded, in theory at least. Hearings and decisions outside that system, including those by administrative bodies, are not bound by the same rules and may, it is feared, easily take on an arbitrary nature.

Status offences

In many countries, certain acts constitute offences when committed by children but are not considered such when perpetrated by adults. In other words, the conflict with the law stems from the status of the offender - as a child - rather than from the nature of the act itself. These status offences usually concern situations where

cannot be deemed 'fair' if any of these rights have previously been violated, and they are indeed set out explicitly in Article 40 of the CRC as minimum requirements.

The elements of a fair trial include the right to cross-examine witnesses and to present one's own witnesses, with the burden of proof laying on the prosecution.

The special treatment to be afforded to children during trial stems from the right to be treated "in a manner consistent with the promotion of the child's sense of dignity and worth [...] and which takes into account the child's age..." (Art. 40.1). The Beijing Rules add that juvenile proceedings should be held "in an atmosphere of understanding" which allows the child to "participate [...] and express herself or himself freely" (Rule 14.2). The case is to be dealt with expeditiously, by a competent and impartial authority. Parents should normally be present, and the child's privacy is to be respected - implying *inter alia* that the proceedings are to be held in camera and the child's identity is not to be divulged by the authorities or the press.

the child has run away from home, is considered to be out of control, and/or is indigent. Under a 1958 law in Bulgaria, children aged 8 to 18 can be placed in 'Labour Education Schools' - i.e. detention centres - by local non-judicial bodies, without any due process safeguards, for acts as minor as vagrancy or being 'uncontrollable'. In Rwanda, legislation currently in force (though expected to be repealed) allows the police to arrest and take into custody any vagrant child; since vagrancy is not looked upon as a criminal offence, moreover, the scope of this law covers all children, regardless of whether or not they have reached the minimum age of criminal responsibility.

'Street children' are indeed particularly vulnerable in this regard, and are often apprehended by the police on such grounds, on an individual ad hoc basis or as part of a deliberate strategy that may or may not be sanctioned by domestic law. This practice has been documented worldwide, in countries as far apart as Bangladesh and Peru. In Kenya, "[t]he three most common legal bases for the detention of children in juvenile remand homes are: 'destitution and vagrancy' (1,800), 'beyond parental control' (500); and 'found begging' (480)"

Legislation specifically targeting juveniles in this way is increasingly contested as discriminatory and as unnecessarily 'criminalising' the acts and situations involved. The CRC avoids explicit mention of the issue, although its provisions clearly militate against the application of repressive measures in such cases. The non-binding Riyadh Guidelines, however, state without hesitation that "legislation should be enacted to ensure that any conduct not considered an offence or not penalised if committed by an adult is not considered an offence and not penalised if committed by a young person". It is interesting to see this stance taken in the context of dispositions designed to prevent offending, rather than in what might be seen as a pure 'children's rights' text.

Instrumental use of children for criminal activities

Growing concern has been manifested in recent years over adults using children under the age of criminal responsibility to carry out criminal activities, in the knowledge that they cannot be prosecuted and will usually be released immediately after arrest. These activities may range from robbery and housebreaking to the transportation or distribution of illicit drugs.

The most disturbing developments in recent years are the fact that such activities are increasingly orchestrated by organised criminal groups and that they have an ever-growing transnational dimension. Thus, in Russia, the number of adults charged with involving children in criminal activity reportedly tripled between 1989 and 1994 to almost 21,000 cases. A 1992 study in Italy noted that Mafia organisations were recruiting "thousands" of children and young people to carry out front-line criminal activities, including drug distribution and carrying or hiding firearms. Pakistani children have been arrested in Saudi Arabia for drug trafficking activities carried out on behalf of adult gangs.

LES ENFANTS, ORPHELINS DE DROITS

de Gilbert PREGNO

Editions " LE PHARE "

Il s'agit d'un recueil de textes rédigés par l'auteur (qui est psychologue et formateur en thérapie familiale, directeur de la Fondation Kannerschlass) sur les dix dernières années de son travail. Il est enrichi par la contribution d'auteurs luxembourgeois et étrangers, comme par exemple Stefano Cirillo, Ruud Bullens, Jean Paul Mugnier, Jorge Barudy, Marcelle Jemming, Barbara Middeke-Stern, Lisy Krieps. Une partie du livre est constituée d'un ensemble d'interviews réalisés avec Paul Watzlawick (Mental Research Institute de Palo Alto), Jean Paul Mugnier (Institut d'Etudes Sysmétiques de Paris), Ruud Bullens (Ambulant Bureau Jeugdweelzijnszorg à Leiden) Luigi Cancrini (Centro Studi di Terapia Familiare de Rome), Jorge Barudy (Université Catholique de Louvain), Marina Ajdukovic et Mirjana Kacavenda (Society for Psychological Assistance de Zagreb), Stefano Cirillo (Nuovo Centro per lo Studio della Famiglia de Milan). Les autres textes abordent des sujets comme la thérapie familiale, l'approche systémique, l'abus sexuel des enfants, le traitement des délinquants sexuels aux Pays-Bas, la maltraitance psychologique, l'interaction entre le judiciaire et le travail social, les questions liées à la défense des droits des enfants (ombudspersonne), le rôle et la place des prises en charge des enfants et adolescents en centre d'accueil et en milieu ouvert,....

"Le titre de ce livre m'a été inspiré par la situation d'enfants, dont je vois, en ce moment où j'écris cette phrase, défiler devant mes yeux leurs visages et leurs noms, que je garde secrètement en mémoire. Je me suis rendu compte que ces enfants, bien que disposant de droits prévus par les textes de loi, furent victimes de l'inconscience et de

l'arrogance des adultes, qui pensèrent que ces droits n'existaient que dans l'esprit et dans les livres, mais nullement dans la réalité. Ces enfants sont des orphelins de droits, ce qui, nous devons en convenir avec modestie et satisfaction, est déjà un progrès par rapport au temps où ces droits n'existaient pas. J'espère que ces enfants, orphelins de droits peuvent trouver des personnes qui défendent leurs intérêts, pour leur rendre, à titre de citoyens dans la Cité et dans un Etat de droit, ce qui leur est dû de par la loi. Un peu, comme chez les orphelins de parents, lorsque ces enfants trouvent les uns dans une famille d'accueil, les autres dans un foyer d'éducatrices et d'éducateurs, une réponse à une situation de deuil, de solitude, de détresse ou d'abandon. Dans les deux cas, la justice sociale et la mémoire des parents ne s'en trouveront que plus renforcées et respectées. L'injustice et la violence existent dans la société, dans sa culture, dans ses institutions et elles ont comme sœur l'indifférence, et toutes les trois créent le ciment de l'exclusion et de la marginalisation. Si à l'une extrémité, j'ai pu mesurer la douleur qui est attachée à la séparation entre les enfants et leurs parents, je me suis aussi rendu compte d'autre part combien inhumain il pouvait être pour les uns et pour les autres, de laisser développer l'illusion que des maltraitements allaient cesser alors qu'ils continuaient à avoir lieu dans le silence et le secret. Comment agir quand nous constatons que notre travail n'est plus à même de porter l'aide minimale requise pour protéger les victimes et mettre un terme à des cycles infernaux de destruction ? La reconnaissance de ces limites est un acte responsable, non d'impuissance ou d'abandon. " (G. Pregno)

Ce livre peut être commandé à l'adresse suivante :

Fondation Kannerschlass

12, rue Winston Churchill L-4434 Soleuvre

Tél: (+352) 59 59 59-1 Fax: (+352) 59 47 13

Au prix de 1100 Flux (1 100 Flux frais de port = 1200 Flux)

CCP : 51 52 – 11

Fondation Kannerschlass Conférences et Formations 1999 - 2000

A) LES CONFERENCES

Lieu : au siège de la Fondation Kannerschlass à Soleuvre (12, rue Churchill)

Horaire de 20.00 heures à 22 heures

Participation volontaire aux frais : 250.- Flux

12 octobre 1999: Le silence des enfants

Rencontre avec **Jean-Paul Mugnier**, directeur de l'Institut d'Etudes Systémiques de Paris, auteur de nombreux livres parus e.a. chez ESF : L'identité virtuelle, Les stratégies de l'indifférence.

J.P. Mugnier présentera son dernier livre, qui est paru chez L'Harmattan.

1er décembre 1999 : L'éthique dans le travail social

Rencontre avec **Marco Hoffmann**, assistant d'hygiène sociale, directeur social auprès de la Ligue de Prévention et d'Action médico-sociales, coauteur du code de déontologie de l'A.N.A.H.S.A.S.I.G.

23 mars 2000 : La sexualité entre l'éthique et le droit

Rencontre avec **Norbert Campagna**, Dr en philosophie, professeur au Lycée de Garçons d'Esch/Alzette. Prépare une thèse d'habilitation en philosophie politique à Paris IV-Sorbonne. Norbert Campagna présentera entre autre son livre paru chez L'Harmattan : La pornographie, l'éthique et le droit.

B) LES SEMINAIRES

Les séminaires ont lieu au siège de la Fondation Kannerschlass ; 12, rue Winston Churchill ; L - 4434 Soleuvre. Pour des détails supplémentaires voir le site web du Kannerschlass ou téléphoner au 59 59 59 1

Am 22. und 29. Januar 2000

Theatralische Improvisation

in Zusammenarbeit mit der Theater GMBH asbl

mit CHRISTIAN KMIOTEK

Wer im sozialen Bereich mit Menschen umgeht, ist täglich mit Neuem, Unbekanntem und Unvorhergesehenen konfrontiert. Oft muss schnell reagiert und gleichzeitig die Situation unter Kontrolle gehalten werden. Dies ist nicht immer einfach und oft mit erheblichem Stress verbunden, der sich negativ in der Qualität der Arbeit niederschlägt. Spielerische und artistische Techniken können uns nicht nur helfen neue Lust zu schöpfen, sondern auch dazu dienen, Situationen zu meistern und neue kreative Lösungen zu finden. Theatralische Improvisation erlaubt jedem, seine kreativen Potentiale auszuschöpfen und zu verfeinern, eine Situation schnell zu erfassen, zu kontrollieren und angemessen zu reagieren. Ziele sind die Entwicklung des Erfindungsreichtums, des Ausdrucks (individuell und in der Gruppe), der mentalen Elastizität und des Umgangs mit verschiedenen Kontexten. Die Teilnehmer werden gemeinsam Konzentrationsübungen, Improvisationen und Rollenspiele vornehmen. Diese rein praktische Ausbildung setzt keinerlei besondere Vorbildung oder Begabung voraus. Umgangssprache : Luxemburgisch

Am 16., 17. und 18. März 2000

Fachforum für Gruppenerzieher. Gestaltung des Arbeitsalltags und der Familienarbeit in Heimen, Kindertagesstätten, ...

in Zusammenarbeit mit der Association Professionnelle des Educateurs (trices) gradué(e)s
mit **JÜRGEN EIBEN** und **GILBERT PREGNO**

Ziel des Seminars ist es gemeinsam Gedanken zu entwickeln, wie der Arbeitsalltag zwischen Ansprüchen, Wirklichkeit und Veränderung gestaltet werden kann, wie die Familienarbeit im pädagogischen Alltag ihren Platz finden kann und wo deren Grenzen liegen. Dieses Seminar wendet sich an Erzieherinnen und Erzieher, die in Heimen und anderen Einrichtungen arbeiten, deren Ziel es ist, eine Hilfe und ein Betreuungsangebot für Kinder, Jugendliche und ihre Familien anzubieten. Es richtet sich ebenso an Professionelle aus anderen Berufsgruppen die in gleichen Einrichtungen tätig sind und/oder an der gruppenpädagogischen Arbeit interessiert sind: Sozialarbeiter, Leiter, Psychologen, Therapeuten, Lehrer, ...

16. März 2000: VORTRAG VON JÜRGEN EIBEN:

Zwischenbilanz meiner Arbeit mit jugendlichen sexuellen Misshandler. Ein Erfahrungsbericht über die pädagogische und therapeutische Arbeit mit den Jugendlichen und deren Familien

Les 11 et 12 mai 2000

Abus sexuel : la recherche de la vérité. Modèles d'interventions sociojudiciaires en cas de maltraitance. Pistes et dérapages avec Hubert van GIJSEGHEM

Psychologue d'origine flamande, formé à l'Université catholique de Louvain, expert psycholégal. Professeur titulaire à l'Université de Montréal (Ecole de psychoéducation). Ex-directeur du Programme de Formation en Psychothérapie Psychanalytique du Centre de Psychologie Gouin. Il a développé pour le monde social et judiciaire des programmes de formation sur l'audition et sur la validation des déclarations des victimes. Auteur de nombreux livres, dont " L'enfant mis à nu ", "La personnalité de l'abuseur sexuel. Typologie à partir de l'optique psychodynamique ". En 1999 est paru chez Méridien : " Us et abus de la mise en mots en matière d'abus sexuel. "

CONFERENCE INTRODUCTIVE LE 11 MAI 1999 A 20.00 HEURES :

ABUS SEXUEL : LA RECHERCHE DE LA VERITE

Cette conférence sert d'introduction au séminaire du 12 mai et nous recommandons donc aux participants d'y assister. Le lieu et l'heure (soir) seront fixés ultérieurement.

Du 3 au 5 décembre 1999 : Journées Nationales d'Information
placés sous le thème:

"Les personnes handicapées - des partenaires".

En 1992 l'assemblée générale des Nations Unies a proclamé le 3 décembre de chaque année "Journée Internationale des Personnes Handicapées" et invité les Etats membres à commémorer la journée en organisant des activités de sensibilisation et d'information. La Commission Européenne s'est ralliée au principe en déclarant le 3 décembre "Journée Européenne des Personnes Handicapées".

Depuis 1993, le centre national d'information et de rencontre info-handicap invite ses associations membres à participer aux activités qu'il organise à l'occasion de la Journée Européenne.

En 1999 l'événement sera célébré dans le cadre de "Journées Nationales d'Information" qui verront la participation d'une quarantaine d'organisations de et pour personnes handicapées. Ces Journées sont placées sous le patronage du Ministère de la Famille et subventionnées par la Commission Européenne DG V/E4.

Programme

Du 26.11. au 2.12.1999 le Ciné Utopolis présentera plusieurs films autour du thème du handicap.

Le 3 et 4.12.1999 le groupe de pilotage du Concept Européen d'Accessibilité se réunira au Grand-Duché.

Le 3.12.1999 de nombreux artistes avec une déficience présenteront leurs performances à l'occasion d'une Soirée Gala au Hall Victor Hugo à Luxembourg.

Les 4 et 5.12.1999 plus de 40 organisations de et pour personnes handicapées présenteront des stands d'information, de documentation, de vente et certaines d'entre elles organiseront des tables rondes thématiques.

Par la même occasion seront exposés les 89 projets d'affiches réalisés par des personnes handicapées dans le cadre d'un concours ayant pour thème: "soyons solidaires, soyons partenaires".

Le 3.12.1999 la presse écrite luxembourgeoise sera invitée à réserver une page entière au thème du handicap. Afin de permettre aux journaux d'organiser ces pages, les rédactions recevront une farde contenant des textes rédigés par les organisations de et pour personnes handicapées qu'ils pourront alors sélectionner et publier en fonction de leurs propres priorités.

Tout au long de la journée du 3.12.99 de brefs spots radiophoniques en relation avec la Journée Européenne seront diffusés sur RTL.

L'A.D.C.A. (Association des Directeurs des Centres d'Accueil a.s.b.l. Luxembourg) et
L'A.N.A.H.S.A.S.I.G. (Association Nationale des Assistantes (ts) Sociales (aux), des
Assistants (ts) d'Hygiène Sociale et des Infirmières (ers) Hospitalières (ers) Graduées (és)
du Luxembourg a.s.b.l.)

Vous invitent à une journée de travail et de réflexion sur le thème

Le placement – une chance pour l'enfant ? !

Le mercredi 20 octobre 1999 de 8.30 à 17.00 heures au PARC-HÔTEL à
Luxembourg/Dommeldange

Patronage : Mme Marie-Josée Jacobs,
Ministre de la Famille, de la Solidarité Sociale et de la Jeunesse

Programme :

- 08.30 Accueil des participants
08.45 Mots de bienvenue et présentation de la journée
09.00 **1) Ateliers**
Atelier 1 : Pourquoi, pour qui les centres d'accueil sont-ils nécessaires ?
Idéalement, quelles devraient être leurs missions ?
Modération : Ern Jacoby, Dr. phil, superviseur, directeur du CPF
Atelier 2 : Quels sont les moyens du travailleur social avant un placement ?
Quelles améliorations sont souhaitées ?
Modération : Danièle Scholer, pédagogue diplômée
Atelier 3 : Les perspectives pour le jeune après le placement
Réintégration : Comment la réussir ? Comment la préparer ?
Modération : René Schmit, psychologue, Staatlech Kannerheemer
Atelier 4 : Les interventions de la justice
Pourquoi et comment les souhaitons-nous ? Coordination souhaitée ? Existe-il de
meilleures alternatives ?
Modération : Albert Moro, avocat
10.45 Pause
11.15 Synthèses et conclusions par les modérateurs des ateliers
12.15 Déjeuner
2) Présentation de certaines possibilités d'aide en faveur des enfants et adolescents
13.45 Regard chez nos voisins : **Conseil d'aide à la Jeunesse** (Mme Nothomb,
conseillère au service d'aide à la jeunesse, Arlon)
14.15 **Projet d'action en Milieu Ouvert – PAMO** (M. Gilbert pregno, psychologue et
directeur de la Fondation Kannerschlass)
14.35 **Family first** (Mme Sylvia Cloos-Peters, éd. Gradué, Croix-Rouge)
15.00 Pause
15.30 **Médiation** (m. Jos. Bever, assistant social au SNJ)
15.50 **Service LEX** (« Protection des Droits de l'Enfant »)
16.10 **Accompagnement des mineurs en prison** (Claude Schneider, éd. Au CPL)
16.30 Discussions
17.00 Fin de la Journée

Frais d'inscription : 2000 Flux (déjeuner compris à virer au CCP N° 23198-15 de
l'ANASASIG)

Un bulletin d'inscription peut être obtenu auprès de l'ANASASIG, 10, avenue Guillaume, L
– 1650 Luxembourg, Fax : 44 30 29

Jugend und Justiz

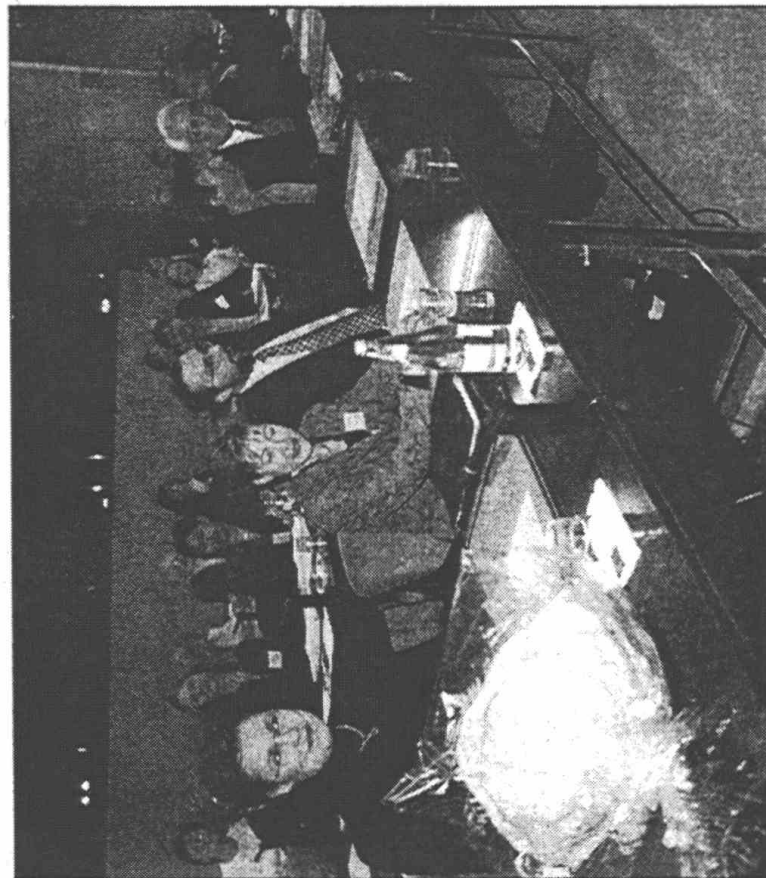
t 4.12.98

Internationales Seminar über Jugendkriminalität

Jérôme Netgen

Ein gemeinsames von FICE-Europe (Fédération internationale des communautés éducatives) und der Association nationale des communautés éducatives (ANCE) organisiertes internationales Seminar über Jugendkriminalität in Europa lief gestern im Jean-Monnet-Gebäude auf Kirchberg an.

Luxemburg - Es war Robert Soisson, der in seiner Eigenschaft als Präsident der FICE sowie Vizepräsident von FICE-Europa den zweitägigen Konferenzzyklus einleitete. Er ging kurz auf die demagogischen Aspekte dieses die Öffentlichkeit beschäftigenden Themas ein und riet dazu, das Ausmaß des Problems richtig einzuschätzen. Polizeistatistiken seien kein ausreichendes Infor-



Erbgroßherzogin Maria Teresa wohnte dem Seminarbeginn bei

mationsmaterial. Überhaupt gelte es, die Rechtssprechung mit dem Sozialen zu verbinden, um wirksamen Kinderrechtsschutz zu gewährleisten. Anschließend stellte er den ersten Redner des Seminars vor, den Iren Nigel Cantwell, einer der Gründer von „Defense for Children International“, und Spezialist für Jugendjustiz am „Unicef International Child Development Centre“ in Florenz.

Im Beisein von Erbgroßherzogin Maria Teresa, Unesco-Botschafterin, lieferte Cantwell zuerst einen Überblick über 35 Jahre Entwicklung in Sachen Umgang mit Jugenddelinquenz, von der Aufstellung von (nicht bindenden) „standard minimal values“ betreffend Behandlung und Strafvollzug, bis zu der 1989 ratifizierten Genfer Kinderrechtskonvention.

Allerdings sei in Fragen der Jugendjustiz und der Prävention

keine Einstimmigkeit unter den Ländern zu beobachten, und permanente Verstöße gegen die zusammen festgelegten und ratifizierten Richtlinien führten zu einer doch paradoxen Situation. Das Problem der Altersgrenze für Straffälligkeit sei ein Scheinproblem, weil z.B. ein sehr niedriges Mindestalter (8 Jahre in Schottland) nicht automatisch als Beweis für eine unfaire Behandlung des inkriminierten Jugendlichen gedeutet werden könne.

Für den Fall, daß das Mindestalter höher liege, würden jüngere Delinquenten hingegen wieder laufengelassen, was eine effiziente Präventionsarbeit erschwere.

Ein anderer Mythos, mit dem aufgeräumt werden müsse, sei der des gelinden Strafmaßes für Jugendliche, eine auf Mitleid aufbauende Argumentation, die für die Lethargie beim Durchsetzen international gültiger rechtlicher Standards verantwortlich sei.

ANCE feiert 20jähriges Bestehen

LW 4.12.98

Jugendkriminalität in Europa im Mittelpunkt eines Seminars

rvr – Die Jugendkriminalität in Europa steht im Mittelpunkt eines zweitägigen internationalen Seminars, das gestern im Jean-Monnet-Gebäude in Luxemburg-Kirchberg eröffnet wurde. Ehrengast der Veranstaltung, die von der „Association nationale des communautés éducatives“ (ANCE) im Rahmen des 20jährigen Bestehens und der europäischen Dachföderation FICE organisiert wird, war Erbgroßherzogin Maria Teresa.

Nach der Begrüßung der ca. 50 Teilnehmer sowie der Vertreterin der Familienministerin, Regierungsrätin Sylvie Andrich, und dem Dank an Ministerien, Institutionen und Unternehmen für die Unterstützung schnitt ANCE-Präsident Robert Soisson die Situation in Luxemburg an. In vielen Ländern bestehe eine ungesunde Haltung gegenüber dem Thema Jugendkriminalität. Wichtig sei es, auf verlässliche Statistiken zurückgreifen zu können, denn oft werde von falschem Zahlenmaterial ausgegangen und von steigender Jugendkriminalität gesprochen. Im Interesse der Kinder und Jugendlichen müßten der soziale und der gerichtliche Sektor sich näherkommen, so der Redner.

Erster Referent war gestern vormittag Nigel Cantwell, der am Internationalen Zentrum für Kinder- und Jugendentwicklung der Unicef in Florenz arbeitet. Die Rechte, Normen und Leitlinien von Artikel 40 über die Trennung von jugendlichen und erwachsenen Straftätern seien die, die am öftesten verletzt würden, informierte der Redner, der den mangelnden Willen der Regierungen, insbesondere in Westeuropa, anprangerte. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen standen die Untersuchungshaft für Jugendliche, auch bei kleineren Vergehen – die gegen die Kinderrechtskonvention verstößt –; der Mangel an Alternativen zur Inhaftierung; die Disziplinierung und Bestrafung in der Haft – beispielsweise durch Nahrungsmittelentzug oder Abbruch des Kontaktes zur Familie –, die physische und psychologische Probleme nach sich ziehen; der Versuch, einen sozialhelferischen Ansatz zu verfolgen im Gegensatz zu einem Gerichtsverfahren; der Täter-Opfer-Ausgleich. Viele Länder versuchten sich an dieser letztgenannten Möglichkeit, die dem Kind auch helfen soll, nicht rück-



ANCE-Präsident Robert Soisson (4.v.l.) ging in seiner Eröffnungsrede u.a. auf die Situation der straffälligen Jugendlichen in Luxemburg ein



Erbgroßherzogin Maria Teresa (1.v.l.) nahm als Ehrengast an der Eröffnung des Kolloquiums teil
(Photos: Teddy Jaans)

fällig zu werden. Diese Maßnahme werde insbesondere dann unterstützt, wenn es sich um ein erstes Vergehen handle. Ein weiteres Thema, das von Nigel Cantwell angesprochen wurde, war das Mindestalter der Straffähigkeit, das allein in Westeuropa (Schottland: acht Jahre, Belgien 17 Jahre) extremen Unterschieden unterworfen ist.

Diskussion hierzulande entfachen

Betreffend die Jugendkriminalität in Luxemburg betonte Robert Soisson uns gegenüber, daß seiner Meinung nach der Bau einer geschlossenen Anstalt für jugendli-

che Straftäter nicht genüge, hinzu gehöre die richtige Betreuung. Mit dem Kolloquium erhofft er sich eine breitere Diskussion über dieses Thema in der Öffentlichkeit. Der ANCE-Präsident bedauerte weiter, daß nicht über Alternativen gesprochen werde. Auf präventiver Ebene könnte man beispielsweise Risikofamilien unterstützen. Nach einer Straftat könnte auch der Weg der Mediation beschritten werden, der Kontakt Täter-Opfer könne sehr gute Resultate erbringen. Das Gefängnis sei nicht der rechte Ort für Jugendliche, so Robert Soisson, der auf geschlossene Durchgangsheimen in der Schweiz hinwies.

Antifolterkomitee rügt Isolation Jugendlicher in Luxemburg

Das Antifolter-Komitee des Europarates hat in einem 60seitigen Bericht heftige Kritiken an der seit geraumer Zeit bekannten Isolation jugendlicher Straftäter in den Erziehungsheimen ausgesprochen.

Es wird u.a. auch die Überbelegung dieser Heime in Dreiborn und Schrassig wie auch des Gefängnisses heftig beanstandet. Für das Antifolter-Komitee ist es unzumutbar, daß Jugendliche unter 18 Jahre bis zu zehn Tage lang in einer Einzelzelle festgehalten werden.

Eine Expertengruppe hatte im April 1997 die beiden luxemburgischen Erziehungsheime kontrolliert.

Die Experten rügten auch, daß sanitäre Anlagen, Heizungen und künstliches Licht in den Einzelzellen des Jungen-Heims fehlten.

J. 4.12.98

■ ZWEITÄGIGES SEMINAR DER FICE-EUROPA AUF KIRCHBERG:

„Jugend und Justiz in Europa“



Im Jean Monnet-Gebäude auf Kirchberg wurde gestern vormittag das zweitägige Seminar der FICE-Europa und der luxemburgischen FICE-Sektion „Association Nationale des Communautés Educatives“ (ANCE) zum Thema „Jugend und Justiz in Europa“ eröffnet, das unter der Schirmherrschaft von Familienministerin Marie-Josée Jacobs, Justizminister Luc Frieden und Jugendminister Alex Bodry steht und mit Unterstützung der Vertretung der EU-Kommission in Luxemburg, der Europäischen Rechtsakademie in Trier, dem lu-

xemburgischen UNICEF-Komitee und der Banque Générale du Luxembourg organisiert wird.

Zum Auftakt des Seminars konnte FICE-Präsident Robert Soisson die in diesem Bereich sehr interessierte und auch engagierte Erbgroßherzogin Maria Teresa begrüßen, die denn auch den Ausführungen von Nigel Cantwell, Autor des „Innocenti Digest“ über Jugendjustiz und ehemaliger Präsident von „Defence for Children International“, zum Thema Jugenddelinquenz und Jugendjustiz beiwohnte.

DELINQUANCE JUVENILE

Colloque au Kirchberg



La délinquance juvénile en Europe est au centre d'un colloque qui a débuté hier et se poursuit aujourd'hui au Kirchberg. Patronnés par Marie-Josée Jacobs, ministre de la Famille, Luc Frieden, ministre de la Justice et Alex Bodry, ministre de la Jeunesse, les débats bénéficient de l'attention toute particulière d'une auditrice de marque, SAR la Grande-Duchesse Héritière Maria Teresa.

RL 4.12.98

Lösungssuche für die Jugenddelinquenz LW. 9.12.98

Die UNO-Menschenrechtserklärung feiert morgen ihren 50. Geburtstag. An und für sich kein Grund zum Feiern, denn in vielen Ländern wird täglich gegen die Menschenrechte verstoßen. Auch Luxemburg hat, wie manch andere westeuropäische Länder, keine weiße Weste, obwohl man dies doch von einer demokratisch geführten Nation annehmen könnte.

Erst vor kurzem wurden von verschiedenen Organisationen einige Punkte betreffend die Kinderrechtskonvention bemängelt, darunter die Unterbringung von delinquenten Kindern und Jugendlichen in der Strafvollzugsanstalt in Schrassig. Dort werden die jungen Straftäter wohl von erwachsenen Häftlingen wie vorgesehen abgeschottet, doch obliegen sie einer Isolierungshaft von 23 Stunden am Tage. Ferner ist das Angebot betreffend Schule und Ausbildung eher spärlich, und die Jugendlichen verlassen die Strafanstalt meist in einem schlimmeren psychischen Zustand, als sie sie betreten haben.

Mit dem Bau einer geschlossenen Anstalt in Dreiborn soll das Problem gelöst werden, doch bis zur Verwirklichung des Projektes wird wohl noch einige Zeit vergehen, während der weitere Jugendliche das kaum fördernde Milieu der Strafanstalt in Schrassig kennenlernen werden. Das Gefängnis sei nicht der richtige Ort für Kinder und Jugendliche, betonte vergangene Woche ein Psychologe auf dem in Luxemburg stattfindenden Seminar zum Thema Jugendkriminalität, und wies ebenfalls auf die Überladung der bestehenden psycho-sozialen Dienststellen hin.

Warum überhaupt in der Regel mit Freiheitsentzug strafen?, fragen sich im Jugendbereich Tätige, zumal die Rückfallquoten ziemlich eindeutig belegen, daß das Gefängnis in vielen Fällen eher schadet, denn nützt. Deshalb ist man in einigen Ländern bei verschiedenen Straftaten auf andere Maßnahmen, die ihre Bewährungsprobe bestanden haben, umgestiegen. Wenn in Luxemburg zur Zeit erste Schritte mit einem Mediationszentrum für jugendliche Straftäter versucht werden, so haben

Frankreich, Deutschland und Österreich sehr positive Erfahrungen in diesem Bereich gemacht. Andere Länder sind dabei, die Möglichkeit zu schaffen, daß ein Kind unterstützt werden soll, um so nicht wieder straffällig zu werden.

Von der Tatsache, daß das herkömmliche Strafrecht wenig Möglichkeiten bietet, um auf Jugendvergehen zu reagieren, gingen in Österreich die Initiatoren des Täter-Opfer-Ausgleiches aus. Die geringe Reaktionsbreite ließ sie nach Alternativen suchen, wobei der klassische Strafprozeß durch eine außerhalb der Prozesse liegende Maßnahme ersetzt werden sollte. Die Tatsache, daß mit Kriminalstrafen oft das Gegenteil von dem erreicht wird, was angestrebt wird - insbesondere bei Freiheitsstrafen -, war ein weiteres wichtiges Argument. Weiterhin wurde die Wiederentdeckung des Opfers angestrebt, d. h. das Opfer, das im Prozeß nur eine Randrolle einnimmt, soll (anstatt des Täters) im Mittelpunkt stehen. Hinzu kommt, daß die Opfer sich während eines Prozesses oft als Angeklagte sehen.

Der Täter-Opfer-Ausgleich zielt auf die Wiedergutmachung hin, der die Gleichstellung von Opfer und Täter vorausgeht. Opfer und Täter müssen der Mediation zustimmen, die Teilnahme an einem Gespräch in Präsenz einer speziell ausgebildeten Drittperson muß freiwillig geschehen. Seit Projektbeginn in Österreich stimmten 90 Prozent der Betroffenen einem Ausgleich zu, ein Phänomen, das selbst die Initiatoren überraschte. Äußerst wichtig bei diesen Zusammenkünften ist die erste Phase, in der das Opfer in geschütztem Rahmen dem Täter seine Gefühle ins Gesicht sagen kann. In Phase zwei kann der Täter hierauf reagieren, seine Betroffenheit artikulieren und eine Entschuldigung äußern. Interessant ist, daß viele Opfer nach diesem Gespräch auf eine Schadenswiedergutmachung verzichten, daß die Entschuldigung allein ihnen genügt. 88 Prozent der Ausgleichsgespräche führten bislang zu einem Erfolg.

Fast identische Zahlen erzielte man im

seit elf Monaten funktionierenden Mediationszentrum in Luxemburg. Zwischen Anfang Januar und Ende November wurden 112 Anträge auf Mediation beim Zentrum eingereicht. Dabei ging es beispielsweise um Diebstahl, Sachbeschädigung, Vertrauensbruch, Fahren ohne Führerschein, Probleme mit den Eltern, usw. 87 Prozent der betroffenen Parteien akzeptierten die Mediation, in 86 Prozent der Fälle konnte ein formelles Übereinkommen erreicht werden. Die Entwicklung während des ersten Jahres zeigt den realen Bedarf einer solchen Einrichtung, wobei sie nicht zu einem „fourre-tout“ werden dürfe und sie auch keine Wunderpflanze sei, meinte der Leiter des Zentrums bei obenerwähntem Kolloquium.

Wer meint, das Mediationszentrum, das in Luxemburg vorerst nur für Jugendliche funktioniert, sei ein Allheilmittel gegen Jugendkriminalität, irrt auch. Mediation kann nur dann eingesetzt werden, wenn das Delikt bereits begangen wurde. Da das Luxemburger Modell noch in der Experimentierphase steckt, weiß man nicht, wie sich die Rückfallquoten bei jungen Delinquenten entwickeln werden.

Um Kriminalität und insbesondere Jugenddelinquenz überhaupt nicht aufkommen zu lassen, muß das Übel an der Wurzel, d. h. bei den Ursachen, gepackt werden. Veränderte Familienstrukturen und mannigfaltige Probleme der heutigen Gesellschaft (Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Sucht, Trennung der Eltern, usw.) führen dazu, daß Kinder und Jugendliche häufig sich selbst überlassen sind und ihnen eine echte Bezugsperson fehlt. Vorwürfe müssen sich hier wohl alle Erwachsenen gefallen lassen, die zu sehr mit ihrer eigenen materialistischen, ichbezogenen Welt befaßt sind, und nicht einmal merken, wie die eigenen Kinder vereinsamen und verstummen. Gerade drei Tage nach einer reichen Spielzeugbescherung in vielen Häusern darf man sich fragen, ob es nicht wichtiger wäre, Zeit zu schenken, Zeit zum Zuhören, zum Mitdenken und Mitfühlen...

rvr

LW

Montag, den 20. September 1999

Zum Weltkindertag

Unicef: „Bewusstsein der Bevölkerung schärfen“

Ziel des Weltkindertages ist es, überall auf der Welt die Situation der Kinder ganz oben auf die Tagesordnung von Politik, Öffentlichkeit und Medien zu setzen. Zu wenig Liebe, schlechte Ernährung, unzureichende Schulbildung, fehlende Aufgangsmöglichkeiten sowie Gewalt und Missbrauch prägen den Alltag von Millionen Kindern.

1954 beauftragte die Vollversammlung der Vereinten Nationen Unicef mit der Ausrichtung eines Weltkindertages. Die Beteiligung an diesem Tag ist Ausdruck der Solidarität und des Willens zur Zusammenarbeit, um die Situation der nachwachsenden Generationen zu verbessern. Rund 130 Länder folgen seither dem Aufruf – allerdings an unterschiedlichen Tagen des Jahres. Der Weltkindertag in Luxemburg findet am 20. September statt und soll das Bewusstsein der Bevölkerung für die Rechte der Kinder schärfen. Weiter bietet er Gelegenheit für Informationen und Diskussionen über die Situation der zwei Milliarden Kinder auf dieser Welt.

Kinderrechte werden weltweit verletzt. Nahezu alle Staaten der Erde haben die UN-Kinderrechtskonvention unterschrieben. Doch zwischen der weltweiten Akzep-

tanz der Kinderrechte und ihrer Umsetzung klafft eine tiefe Lücke: Recht auf Gesundheit: Zwei Drittel der rund 32 000 Kinder, die jeden Tag sterben, verlieren ihr Leben durch Krankheiten, gegen die es längst wirksame Medikamente oder Impfschutz gibt. Schutz vor Kinderarbeit: 250 Millionen Kinder müssen arbeiten, um ihr Überleben zu sichern. Recht auf Bildung: 130 Millionen Kinder besuchen keine Schule, zwei Drittel davon sind Mädchen. Schutz im Krieg: Über 300 000 Kinder werden weltweit als Kindersoldaten missbraucht. Kindheit in Luxemburg: Laut dem Komitee für Kinderrechte, das sich mit der Umsetzung der Kinderrechtskonvention befasst, fehlt es Luxemburg an festen Strukturen welche die verschiedenen Bereiche abdecken würden um den Kindern in Schwierigkeiten angemessene Hilfe zu bieten. Außerdem bestehe ein Mangel an Unterstützungsmöglichkeiten für Kinder mit psychologischen Störungen in Schulen und Tagesstätten. Die Schulen verfügten über keine Klassen für Kinder mit Verhaltens- und Lernstörungen. Auch die Möglichkeit einer stationären Aufnahme der Kinder welche psychologische Hilfe dringend benötigen sei in

Luxemburg nicht gegeben. Die Folgen sind eine hohe Anzahl von Unterbringungen in Auffangstrukturen, beziehungsweise Heime, schwere familiäre Probleme sowie Institut- und Schulaufenthalte im Ausland. Ein besonderes Augenmerk sei auf die Gewalt und die sexuellen Missbräuche innerhalb der Familie zu richten und auf den Umgang mit den Opfern.

In Luxemburg gab es am 1.1.1999, laut Statec, 99 737 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. 500 von ihnen leben in Heimen, wobei 80% durch ein gerichtliches Verfahren aus der Familie herausgenommen wurden. Ein Zeichen dafür, dass die Probleme der Kinder in und mit der Familie zu groß geworden sind um sie noch in einem anderen Rahmen als dem gerichtlichen zu lösen. In den Gewalt- und Missbrauchsfällen innerhalb der Familie, bedeutet der richterliche Spruch für die Kinder das Ende monatelangen Leidens. Für andere ist er jedoch der Anfang eines sicherlich nicht leichten Weges. Hier hätten die vom Komitee für Kinderrechte geforderten Strukturen die vorherrschenden Probleme eher erkennen können um eine angemessene Hilfe schnellstens anzubieten.



■ 20 SEPTEMBRE 1999:

J. 18-19.9.99 Journée mondiale de l'enfant

A l'occasion de la journée mondiale de l'enfant et à l'approche du 10^e anniversaire de l'adoption par l'Assemblée Générale des Nations Unies de la Convention Internationale sur les Droits de l'Enfant, l'ANCE, une organisation qui défend les droits des enfants et surtout les droits des enfants défavorisés, invite le nouveau gouvernement luxembourgeois à oeuvrer systématiquement vers l'amélioration des conditions de vie de tous les enfants :

Sur le plan international:

- Promouvoir activement le respect des stipulations de la Convention Internationale sur les Droits de l'Enfant dans sa politique étrangère
- Encourager les tentatives de différentes ONG d'établir une Cour de Justice Internationale pour Enfants
- Faire du respect des droits de l'homme et les droits des enfants une condition explicite pour l'allocation d'une aide au développement
- Débloquer des moyens financiers supplémentaires pour

aider les enfants victimes de conflits armés sur le plan médical et psychologique

- Prévenir les effets néfastes de la globalisation de l'économie sur la vie des enfants
- Soutenir les mesures contre le tourisme sexuel et les formes abusives du travail des enfants

Sur le plan Européen:

- Soutenir les efforts visant à améliorer la situation désastreuse des enfants défavorisés dans certains pays de l'Europe de l'est (enfants de rue, enfants placés dans des institutions, enfants malades ...)
- Encourager toutes les initiatives visant à améliorer la participation active des enfants au sein de l'Union Européenne au niveau politique et dans les domaines qui les concernent directement (école, famille, loisirs ...)
- Lutter contre la pauvreté touchant de plus en plus de familles et dont les enfants sont les premières victimes

- Prévenir les effets négatifs sur les enfants de la libre circulation de la main d'oeuvre et des marchandises (déracinement social et culturel, marginalisation, discrimination)

Sur le plan national

- Mettre en oeuvre les principes de la Convention Internationale sur les Droits de l'Enfant avec un peu plus d'enthousiasme et de diligence, e.a. :
- Finaliser le projet de loi sur l'ombudsman
- Promulguer les contenus de la Convention
- Soutenir les initiatives privées promouvant les droits des enfants
- Adapter la législation
- Encourager la participation active et assurer la réalisation des droits des enfants dans les domaines qui les concernent (famille, école, institutions de placement, organisations sportives et autres)

- Encourager la participation active des enfants au niveau politique :

- Repenser les limites d'âge pour le droit de vote

- Soutenir la création de conseils communaux d'enfants

- Redéfinir et vitaliser les conseils d'établissements

- Lutter contre la marginalisation et l'exclusion sociale

- Veiller à ce que pour toute nouvelle loi, les effets directs et indirects sur l'enfance soient évalués (études d'impact)

- Intégrer les enfants à besoins spéciaux au niveau scolaire, social et professionnel

Comme par le passé, l'ANCE offre sa collaboration et son soutien à toute initiative visant à réaliser ces buts.

Communiqué de l'Association Nationale des Communautés Educatives (ANCE)

